

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
1.	1. Formale Fragen	
2.	Fehlende Erkennbarkeit der Änderungen Betroffenheit nicht erkennbar.	Bei dem hier hiesigen – und in der Praxis gängigen – Deckblattverfahren werden die Änderungen nicht in die Unterlagen eingearbeitet, sondern auf gesonderten Blättern dargestellt, die die ursprünglichen Planunterlagen (teilweise) ersetzen oder nur die Änderungen festhalten. Bezüglich der Darstellung der vorgenommenen Änderungen macht das Gesetz keine Vorgaben. Im Ergebnis muss gewährleistet sein, dass die Änderungen als solche deutlich erkennbar und nachvollziehbar sind, was hier der Fall ist. Im Inhaltsverzeichnis (Planunterlage 00_Inhaltsverzeichnis DB_I Gesamt) ist dargestellt, welche Unterlagen aktualisiert bzw. ergänzt und welche neu in das Verfahren eingeführt wurden.
3.	2. Verfahrensrecht	
4.	Intransparenz im Zusammenspiel mit Landesbehörden sei bedenklich.	Die Möglichkeit betroffener Behörden, Stellungnahmen zum Vorhaben abzugeben, ergibt sich aus dem Gesetz. Gemäß § 73 Abs. 2 VwVfG werden die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, zur Stellungnahme aufgefordert.
5.	Die engen Auslegungsfristen gemäß § 73 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) stellen eine erhebliche Einschränkung der Möglichkeit dar, substantielle Einwendungen vorzubringen.	Es wurde kein Ergänzungsverfahren nach § 73 Abs. 8 VwVfG durchgeführt, sondern der gesamte Plan nochmals ausgelegt. Es galt die Äußerungsfrist nach § 21 UVPG, welche aufgrund von Ferien und Feiertagen noch um zwei Wochen verlängert wurde.
6.	Die Unzulänglichkeiten bei der Auslegung der Planunterlagen und der Festlegung von Kohärenzmaßnahmen führen unweigerlich zu einer Verletzung von Verfahrensrechten.	Die vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen werden in Kap. 5 der Unterlage 19.3.4.1, in die im Rahmen der Planänderung Einsicht genommen werden konnte, konkret dargestellt und detailliert erörtert. Um die Wirksamkeit schadensbegrenzender und kohärenzsichernder Maßnahmen ggf. auch durch erforderliches Nachsteuern sicherzustellen, ist ein begleitendes Risikomanagement vorgesehen.
7.	Die Beteiligung Träger öffentlicher Belange (TöB) und die Durchführung eines Bürgerdialogs im Rahmen des Planungsverfahrens für die A33 Nord werfen erhebliche Fragen zur Transparenz, Wirksamkeit und rechtlichen Konformität auf.	Die Möglichkeit betroffener Behörden, Stellungnahmen zum Vorhaben abzugeben, ergibt sich aus dem Gesetz. Die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, zur Stellungnahme aufgefordert. Der Bürgerdialog wurde als ergänzendes, freiwilliges Format zur formellen Öffentlichkeitsbeteiligung initiiert, um frühzeitig Transparenz zu schaffen, Fragen zu beantworten und Hinweise aus der Bevölkerung aufzunehmen. Die Veranstaltungen wurden öffentlich angekündigt, fanden in verschiedenen Formaten (Präsenz, digital, schriftlich) statt und wurden von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Die Rückmeldungen aus dem Dialog wurden systematisch erfasst und flossen – soweit fachlich und rechtlich möglich – in die Planung ein. Die Vorhabenträgerin sieht die Beteiligung der TöB und die Durchführung des Bürgerdialogs als rechtlich konform, sachgerecht und transparent an.
8.	Die Gegenäußerung enthält keine spezifische Darstellung, welche Unterlagen als „relevant“ betrachtet und ausgelegt wurden.	Neben dem Plan sind alle Unterlagen auszulegen, die nach den örtlichen Verhältnissen erforderlich sind, um die sog. Anstoßwirkung zu gewährleisten. Wegen ihres Bezugs zur Anstoßwirkung erstreckt sich die Auslegungspflicht nicht auf alle Unterlagen, die möglicherweise erforderlich sind, um die Rechtmäßigkeit der Planung umfassend darzutun und den festgestellten Plan vollziehen zu können. Vielmehr kann sich die Auslegung auf solche Unterlagen beschränken, derer der Einzelne bedarf, um als Laie den Grad seiner Beeinträchtigung abschätzen und sich das Interesse, Einwendungen zu erheben, bewusst machen zu können. Entgegen der Auffassung der Einwenderin müssen nicht sämtliche Gutachten und Abwägungsunterlagen vollständig ausgelegt werden, sondern nur diejenigen, die für die Anstoßwirkung erforderlich waren, sowie die wichtigsten entscheidungserheblichen Unterlagen, insbesondere über die Umweltauswirkungen des Vorhabens (BVerwG, Urt. v. 2.7.2020 – 9 A 19.19, BVerwGE 169, 94 (Rn. 18, 23)). Dies ist hier geschehen.
9.	Raumordnung / Linienbestimmung Für eine rechtmäßige Linienbestimmung müssen die zugrunde gelegten Daten aktuell und methodisch korrekt sein.	Die zugrunde gelegten Daten sind ausreichend aktuell, um eine belastbare Prüfung durchzuführen. Aus naturschutzfachlicher Sicht können faunistische Daten, die nicht älter als fünf Jahre sind, in aller Regel als aktuelle Entscheidungsgrundlage herangezogen werden (Gaßner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und Strategische Umweltprüfung, 5. Aufl. 2010, S. 187 Rn. 112). Soweit innerhalb des in Rede stehenden Zeitraums kein Nutzungs- und Strukturwandel stattgefunden hat und auch keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen eingetreten ist, schadet auch ein höheres Alter der Daten nicht (HessVGH, Urt. v. 21.8.2009 – 11 C 318/08.T, juris, Rn. 632). Die zeitliche Grenze von fünf Jahren, die vorliegend überschritten ist, bietet daher lediglich einen Anhalt für eine Aktualitätsprüfung; letztlich ist die Aktualität der Datengrundlage jedoch nach Maßgabe praktischer Vernunft unter Berücksichtigung der jeweiligen Einzelfallumstände zu beurteilen (BVerwG, Urt. v. 7.7.2022 – 9 A 1.21, BVerwGE 176, 94 (Rn. 96)). Die Änderung des ausgelegten Plans umfasst insbesondere eine Ergänzung des Landschaftspflegerischen Begleitplans um eine Gegenüberstellung der Biotoptypen 2010/2013 mit der Neukartierung aus dem Jahr 2022 (Unterlage 19.1.1 Textkarte Biotopvergleich) und des Fachbeitrags Artenschutz nebst den faunistischen Untersuchungen 2019 (Unterlage 19.4.2). Alle übrigen Daten/Unterlagen sind ebenfalls noch aktuell. Die Einwenderin zeigt keine Gründe auf, die auf eine fehlende Aktualität hinweisen. Allein das Alter gibt keine Auskunft über die Belastbarkeit von Daten/Unterlagen in zeitlicher Hinsicht (BVerwG, Urt. v. 9.2.2017 – 7 A 2.15, BVerwGE 158, 1 (Rn. 149 f.)).
10.	3. Planrechtfertigung	
11.	3.1 Zweifel an gesetzlicher Bedarfsfeststellung	
12.	Nutzen- Kosten-Verhältnis (Bedarfseinstufung)	Die A 33 Nord ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf eingestellt. Es besteht somit ein Planungsrecht sowie eine Planungspflicht. Der Bedarfsplan des Bundes legt gesetzlich den verkehrlichen Bedarf für ein bestimmtes Fernstraßenprojekt fest.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
	Nutzen-Kosten-Rechnung ist falsch, eine aktuelle detaillierte Analyse ist nicht vorgelegt worden	<p>Die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben entsprechen der fachplanerischen Zielsetzung des § 1 Abs. 1 FStrG und sind erforderlich (vgl. § 1 Abs. 2 FStrAbG). Die Grundentscheidung über die Aufnahme eines Vorhabens in den Bedarfsplan trifft der Gesetzgeber aufgrund umfangreicher Untersuchungen und Analysen nach sorgfältiger Abwägung, zwischen der mit dem Vorhaben verfolgten Zielsetzung und den vom Vorhaben berührten Belangen. Hierzu zählen unter anderen die Verkehrswirksamkeit und die raumstrukturelle Wirksamkeit der Maßnahme sowie das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV).</p> <p>Der Bedarfsplan wird zudem in regelmäßigen Abständen durch das BMVI überprüft und gegebenenfalls durch Gesetz angepasst (vgl. § 4 Satz 2 FStrAbG). Eine weitergehende eigenständige Prüfung der Planrechtfertigung bedarf es daher von Rechts wegen nicht.</p> <p>Da die hiesige Baumaßnahme im derzeit gültigen Bedarfsplan (BPL) für die Bundesfernstraßen als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft ist, sind die zu erwartenden Kosten im Bundeshaushalt veranschlagt und werden den Erfordernissen entsprechend zweckgebunden verwendet.</p>
13.	4. Verkehrsprognose	
14.	Fragwürdige Unabhängigkeit des fortgeschriebenen Gutachtens	Verkehrsprognosen lassen sich eben wegen ihres prognostischen Charakters nur eingeschränkt kontrollieren. Sie sind lediglich daraufhin zu überprüfen, ob sie methodisch einwandfrei erarbeitet worden sind, nicht auf unrealistischen Annahmen beruhen und ob das Prognoseergebnis einleuchtend begründet worden ist (BVerwG, Urt. v. 9.6.2010 – 9 A 20.08, NVwZ 2011, 177 (Rn. 73) m.w.N.). Aus Sicht der Vorhabenträgerin ist das vorliegend der Fall.
15.	Fehlende Berücksichtigung langfristiger Verkehrsprognosen: - Veränderungen im Modal Split - Klimaschutzmaßnahmen - Demografische Entwicklungen	<p>Dieser Einwand bezieht sich nicht auf die Planänderungen.</p> <p>Soweit klimaschutzrechtliche Aspekte geltend gemacht werden, wird auf die Ausführungen im Fachbeitrag Klimaschutz verwiesen. Die verkehrsbedingten THG-Emissionen wurden auf Basis des Hinweispapiers des BMDV 2022 ermittelt. Einzelheiten finden sich in Kap. 3.2 des Fachbeitrags Klimaschutz.</p>
16.	Demografische Entwicklung und veränderte Mobilitätsmuster	Die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben entsprechen der fachplanerischen Zielsetzung des § 1 Abs. 1 FStrG und sind erforderlich (vgl. § 1 Abs. 2 FStrAbG). Die Grundentscheidung über die Aufnahme eines Vorhabens in den Bedarfsplan trifft der Gesetzgeber aufgrund umfangreicher Untersuchungen und Analysen nach sorgfältiger Abwägung zwischen der mit dem Vorhaben verfolgten Zielsetzung und den vom Vorhaben berührten Belangen. Hierzu zählen unter anderen die Verkehrswirksamkeit und die raumstrukturelle Wirksamkeit der Maßnahme sowie das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Der Bedarfsplan wird zudem in regelmäßigen Abständen durch das BMDV überprüft und gegebenenfalls durch Gesetz angepasst (vgl. § 4 Satz 2 FStrAbG). Eine weitergehende eigenständige Prüfung der Planrechtfertigung bedarf es daher von Rechts wegen nicht. Im Übrigen wird auf die lfd. Nr. 72 verwiesen.
17.	5. Alternativenprüfung	
18.	Es sollen klimafreundliche Alternativen geplant werden.	Der Klimawandel ist nicht einzelnen Vorhaben zuzuordnen, sondern stellt eine Summation unterschiedlicher treibhausgasproduzierender Aktivitäten dar. Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) bildet den rechtlichen Rahmen für den Klimaschutz in Deutschland. Zweck dieses Gesetzes ist es, zum Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten (vgl. § 1 KSG). Die Ermittlung der vorhabenbedingten THG-Emissionen finden sich im Fachbeitrag Klima. Daraus ergibt sich, dass durch das Vorhaben zusätzliche verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen in Höhe von 10.400 tCO ₂ bzw. CO ₂ -Äquivalenten pro Jahr entstehen. Die Lebenszyklusemissionen durch Bau- und Instandhaltung der Autobahntrasse betragen insg. 1.786,28 t CO ₂ -eq/a. Die Veränderung der Landnutzung kann kurzfristig zu einer Zunahme von CO ₂ Emissionen führen, mittel bis langfristig ist jedoch für diesen Sektor eine deutlich positive Bilanz zu erwarten.
19.	Nullplusvariante Verkehrliche Engpässe lassen sich weit unter dem Niveau eines Autobahnneubaus zufriedenstellend lösen. Ausbau und Verbesserung bereits vorh. Autobahnen und Straßen.(Standstreifen als 3. Spur, Ortsumgehung Icker)	<p>Die Entscheidung darüber, wie das in der Bundesrepublik Deutschland anfallende Verkehrsaufkommen bewältigt und auf die einzelnen Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasser etc.) umgelegt wird, obliegt ausschließlich den parlamentarischen Gremien.</p> <p>„Die Bundesregierung ist nach dem Grundgesetz verantwortlich für Bau und Erhaltung der Bundesverkehrswege (Bundesschienenwege: Art. 87e GG, Bundeswasserstraßen: Art. 89 Abs. 2 GG, Bundesfernstraßen: Art. 90 GG). Grundlage für die Erhaltung, Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind die Bundesverkehrswegepläne (BVWP). Ein Bundesverkehrswegeplan wird vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur aufgestellt und vom Bundeskabinett beschlossen. Er enthält alle beabsichtigten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte sowie den Erhaltungsbedarf. [...]</p> <p>Bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans bewertet der Bund, ob ein erwogenes Projekt gesamtwirtschaftlich sinnvoll und notwendig ist. Der Aus- und Neubaubedarf wird auf Basis des in Verkehrsprognosen vorhergesagten Verkehrsaufkommens ermittelt.</p> <p>Der BVWP bildet die Grundlage für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Ausbaugesetze für Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen mit den zugehörigen Bedarfsplänen. Der Deutsche Bundestag beschließt über die Aufnahme der Projekte des BVWP und eventuell weiterer Projekte in die Bedarfspläne der Ausbaugesetze. Damit ist der Bedarf für die ausgewählten Projekte gesetzlich festgelegt.“ (Quelle: BMVI)</p>
20.	Nullvariante	<p>Die A 33 Nord ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf eingestellt. Es besteht somit ein Planungsrecht sowie eine Planungspflicht. Der Bedarfsplan des Bundes legt gesetzlich den verkehrlichen Bedarf für ein bestimmtes Fernstraßenprojekt fest.</p> <p>Die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben entsprechen der fachplanerischen Zielsetzung des § 1 Abs. 1 FStrG und sind erforderlich (vgl. § 1 Abs. 2 FStrAbG). Die Grundentscheidung über die Aufnahme eines Vorhabens in den Bedarfsplan trifft der Gesetzgeber aufgrund umfangreicher Untersuchungen und Analysen nach</p>

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
		sorgfältiger Abwägung, zwischen der mit dem Vorhaben verfolgten Zielsetzung und den vom Vorhaben berührten Belangen. Hierzu zählen unter anderen die Verkehrswirksamkeit und die raumstrukturelle Wirksamkeit der Maßnahme sowie das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Der Bedarfsplan wird zudem in regelmäßigen Abständen durch das BMVI überprüft und gegebenenfalls durch Gesetz angepasst (vgl. § 4 Satz 2 FStrAbG). Eine weitergehende eigenständige Prüfung der Planrechtfertigung bedarf es daher von Rechts wegen nicht.
21.	6. Natur und Landschaft	
22.	6.1 - Eingriffsregelung	Wie sich dem Landschaftspflegerischen Begleitplan entnehmen lässt, werden die durch das Vorhaben bedingten unvermeidbaren Eingriffe durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen vollständig kompensiert.
23.	Auf dem Grundstück gibt es keine Fichten. Umwandlung vom Fichtenwald in Laubwald ist somit nicht möglich.	Auf der Fläche ist keine Umwandlung von Fichtenforst in Laubwald, sondern die Maßnahme 6.2 A, d.h. eine Neuaufforstung mit mesophilen Buchenwald geplant. Dass es sich bei den hierfür vorgesehen Flächen um Acker sowie ruderales Gras- und Staudenfluren handelt, ist bekannt.
24.	Es ist kein Zeitraum angegeben, innerhalb dessen die Maßnahmenflächen zu sichern sind.	Grundsätzlich sind die Maßnahmen so lange zu sichern, wie der Eingriff besteht, was auch vorgesehen ist.
25.	Der Bestands- und Konfliktplan von 2020 ist veraltet. Aufgrund von Luftbildanalysen ist ersichtlich, dass mittlerweile maßgebliche Waldflächen durch Kalamitäten verschwunden sind.	Dem Bestands- und Konfliktplan des LBP liegen Biotopdaten aus 2022 zu Grunde, welche hinreichend aktuell sind und die eingetretenen Waldveränderungen bereits weitestgehend erfassen, da besonders trockene Jahre im Zeitraum von 2018 bis 2022 aufgetreten sind, während 2023 und 2024 deutlich feuchter waren. Nach 2022 kann es dann lediglich noch geringfügige Änderungen aufgrund forstlicher Nutzung gegeben haben, welche dann aber eine Verschlechterung der Biotopwertigkeiten zur Folge haben. Die Darstellung des Bestands- und Konfliktplans liegt insoweit auf der sicheren Seite.
26.	Die ökologische Komplexität und die wissenschaftlichen Anforderungen an den Schutz von Biodiversität und Lebensräumen werden im LBP vernachlässigt.	Der Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) wurde nach den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik erstellt.
27.	6.2 - Kompensationsmaßnahmen	
28.	Umfang der vorgesehenen Obstwiesen nicht dargestellt; kein Einfügen in Landschaftsbild	Die Antworten auf die vom Einwender aufgeworfenen Fragen zu den herzustellenden Obstwiesen ergeben sich allesamt aus dem Landschaftspflegerischen Begleitplan. Aus Tab. 46 ergibt sich überdies der flächenmäßige Umfang der geplanten Obstwiesen. Warum sich diese nicht in das Landschaftsbild einfügen sollen, wird nicht näher dargestellt.
29.	Wurde die BKompV angewendet?	Die BkompV war aufgrund der Übergangsvorschriften des § 17 BkompV noch nicht anzuwenden.
30.	Nicht bereit zum Verkauf des Grundstücks für Kompensationsmaßnahmen	Ein Kauf der Kompensationsfläche ist aus Sicht des Vorhabenträgers nicht zwingend erforderlich. Die Kompensationsfläche kann auch durch vertragliche Regelungen zusammen mit einer Grundbucheintragung gesichert werden.
31.	Bei den Maßnahmen 4.7 und 4.8 werden verschiedene Maßnahmen, die von der nationalen Rechtsprechung im Kontext des Artenschutzrechts für zulässig erachtet werden, auch zur Vermeidung bzw. Verminderung habitatschutzrechtlicher Beeinträchtigungen angerechnet. Das ist unzulässig. Die Zerstörung von Höhlen ist vielmehr als erhebliche Beeinträchtigung zu sehen.	Die eigentliche Maßnahme zur Schadensbegrenzung ist Maßnahme 1.3 VArt – „Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- bzw. Wochenstubenzeit und Kontrolle von Höhlenbäumen“, mit der die baubedingte Tötung von Fledermäusen vermieden wird. Auf die übrigen Maßnahmen wird nur ergänzend hingewiesen. Gleichwohl erhöht sie das Quartierangebot vor dem Eingriff und unterstützt damit Maßnahme 1.3 VArt, da sie vor Beginn des Eingriffs bereits Ausweichmöglichkeiten schafft. Hiervon unabhängig wäre gemäß der Rechtsprechung des EuGH auch eine weitergehende Berücksichtigung dieser Maßnahmen nicht ausgeschlossen (s. EuGH, Urteil vom 25.07.2018 – C-164/17, Rn. 57).
32.	Die Wirksamkeit der Maßnahmen 4.7 und 4.8 ((künstliche Quartiere) ist den Unterlagen nicht zu entnehmen.	Die vorstehend genannten Maßnahmen beinhalten insbesondere Prozessschutzflächen, welche die Entwicklung des natürlichen Quartierangebots fördern. Das ergänzend genannte Bohren von Baumhöhlen nutzt einer Vielzahl von Fledermausarten und insbesondere den hier relevanten Anhang II-Arten Großes Mausohr (Tagesquartiere) und Bechsteinfledermaus.
33.	6.3 - Schutzgebiete 6.3.1 - FFH-Gebiete Erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebiets	Zur Prüfung der Verträglichkeit der A 33 mit den Erhaltungszielen der Natura 2000-Gebiete wurden auf Grundlage des § 34 BNatSchG für die FFH-Gebiete „Kammolch-Biotop Palsterkamp“ (DE 3614-332), „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ (DE 3614-334) sowie „Mausohr-Wochenstubegebiet Osnabrücker Raum“ (DE 3614-331) FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt. Im Ergebnis zeigt sich, dass die A 33 für die Gebiete DE 3614-332 und 3614-331 unter Berücksichtigung von Maßnahmen bzw. Beschränkungen zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen führt, sh. Unterlagen 19.3.1.1 und 19.3.3.1. Im Rahmen der ersten Deckblattänderung wurden die FFH-Verträglichkeitsprüfungen um eine Prüfung des FFH-Gebietes DE 3614-333 „Piesbergstollen“ nebst Übersicht ergänzt (Unterlagen 19.3.5.1 und 19.3.5.2). Trotz Berücksichtigung schadensbegrenzender Maßnahmen führt das Vorhaben zu erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes DE 3614-334. Es kann daher nur im Rahmen einer Ausnahme/Abweichungsentscheidung gem. § 34 Abs. 3 ff BNatSchG zugelassen werden. Die FFH-Ausnahmeprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass sämtliche Voraussetzungen für eine Abweichungsentscheidung gegeben sind (vgl. Unterlage 19.3.4). Der Schutzzweck der FFH-Gebiete bzw. die Kohärenz des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 kann unter Berücksichtigung der vorgesehenen Maßnahmen zur Schadensvermeidung und Kohärenzsicherung auch mit einer A 33 aufrechterhalten werden.
34.	Datengrundlage ist veraltet	Die der artenschutzrechtlichen Prüfung zugrunde gelegten Daten sind ausreichend aktuell gewesen, um eine belastbare Prüfung durchzuführen. Aus naturschutzfachlicher Sicht können faunistisch-tierökologische Daten, die nicht älter als fünf Jahre sind, in aller Regel als aktuelle Entscheidungsgrundlage

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
		<p>herangezogen werden (Gaßner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und Strategische Umweltprüfung, 5. Aufl. 2010, S. 187 Rn. 112). Soweit innerhalb des in Rede stehenden Zeitraums kein Nutzungs- und Strukturwandel stattgefunden hat und auch keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen eingetreten ist, schadet auch ein höheres Alter der Daten nicht (HessVGH, Urt. v. 21.08.2009 – 11 C 318/08.T, juris, Rn. 632). Die zeitliche Grenze von fünf Jahren, die vorliegend überschritten ist, bietet daher lediglich einen allgemeinen Anhalt; letztlich ist die Aktualität der Datengrundlage nach Maßgabe praktischer Vernunft unter Berücksichtigung der jeweiligen Einzelfallumstände zu beurteilen (BVerwG, Urt. v. 07.07.2022 – 9 A 1.21, BVerwGE 176, 94 (Rn. 96)).</p> <p>Die Änderung des ausgelegten Plans umfasst insbesondere eine Ergänzung des Landschaftspflegerischen Begleitplans um eine Gegenüberstellung der Biotoptypen 2010/2013 mit der Neukartierung aus dem Jahr 2022 (Unterlage 19.1.1 Textkarte Biotopvergleich) und die Ergänzung des Fachbeitrag Artenschutz um faunistische Untersuchungen 2019 (Unterlage 19.4.2).</p>
35.	In der FFH-VP wurden die wesentlichen Wechselwirkungen zwischen den betroffenen Schutzgütern nicht adäquat berücksichtigt.	Die Analyse der Wechselwirkungen kann im Detail den FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen entnommen werden.
36.	Die Differenzierung zwischen den Maßstäben, die für die FFH- Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP) und die Eingriffsregelung ist nicht gut. Es wird angeführt, dass die FFH-VP stärker vorsorgeorientiert sei und kumulative Effekte berücksichtige, während die Eingriffsregelung das Verursacherprinzip verfolgt.	<p>§ 34 und § 15 BNatSchG verfolgen unterschiedliche Schutzziele. § 34 BNatSchG dient dem Schutz der Natura 2000-Gebiete. Ausgangspunkt der Prüfung, ob Projekte einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet sind, das fragliche Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, ist deren Verträglichkeit mit den jeweiligen Erhaltungszielen für das gemeldete Gebiet. Bei den §§ 13 ff. BNatSchG geht es um Eingriffe in Natur und Landschaft. § 13 Satz 1 BNatSchG nimmt ausdrücklich auf den Verursacher Bezug, der Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden bzw. zu kompensieren hat, wodurch die konsequente Geltung des Verursacher- und Ausgleichsprinzips deutlich wird. Eine diesbezügliche Gesamtbeurteilung findet sich in Kap. 7 des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Unterlage 19.1).</p> <p>Die Konfliktermittlung erfolgt grundsätzlich durch Überlagerung der vorhabenspezifischen Wirkungen mit den jeweils relevanten Schutzgutqualitäten. Die Konfliktanalyse und Bemessung des Kompensationsbedarfs orientiert sich an den zwischen NLStBV und NLWKN abgestimmten Leitlinien zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Aus- und Neubau von Straßen (NLStBV u. NLWKN 2006) sowie den Hinweisen zur Anwendung der RLBP bei Straßenbauprojekten in Niedersachsen (vgl. NLStBV 2011). Einen Überblick über die relevanten vorhabenspezifischen Wirkungen sowie deren Intensität und Reichweite gibt die im Rahmen der Planänderung aktualisierte Tab. 23 des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Unterlage 19.1).</p> <p>Schadstoffimmissionen in der Komplexwirkungszone im trassennahen Bereich und Stickstoffimmissionen als Leitsubstanz für weiterreichende Wirkungen wurden dabei im Rahmen der betriebsbedingten Wirkungen berücksichtigt und bewertet.</p>
37.	Die Ermittlungstiefe hinsichtlich der Fledermausquartiere insbesondere in den beiden vom Vorhaben betroffenen FFH-Gebieten ist unzureichend.	Es wurden im Jahr 2022 Netzfänge und Quartiertelemetrie waldbewohnender Fledermausarten durchgeführt, so dass aktuelle belastbare Daten vorliegen. Insgesamt wurden acht Individuen aus vier waldbewohnenden Fledermausarten (Bechsteinfledermaus, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus und Braunes Langohr) besendert und telemetriert. Es konnten insgesamt vier von Wochenstuben genutzte Quartierbäume ermittelt werden. Im Trassenbereich wurden keine Quartiere nachgewiesen.
38.	Die Ermittlungen können sich angesichts der bisher noch einschlägigen Fragmentierung der LRT- Flächen nicht allein auf die aktuell abgegrenzten LRT-Flächen beschränken, sondern müssen auch die dazwischen liegenden, verbindenden Flächen mit sonstiger Vegetation berücksichtigen. Nachuntersuchungen sind zu dieser Fragestellung daher für andere Fledermausarten anzustellen.	Es erfolgten an drei Standorten Netzfänge mit anschließender Quartiertelemetrie aller waldbewohnenden Fledermausarten. Die Netzfangstandorte lagen in einer Entfernung von etwa 1,5 km, 3,2 km und 3,5 km zueinander. Der Aktionsraum selbst der kleinräumig jagenden Fledermausarten umfasst einen Mindest-Radius von etwa 2 km. Somit sind auch die Flächen zwischen den LRT-Flächen im Rahmen der Untersuchungen voll umfänglich abgedeckt (vgl. Untersuchungsgebiet entlang der Trassen).
39.	Die Bewertung des Habitatpotenzials für Fledermäuse im Fledermausbericht 2022 belegt, dass es erheblichen Entwicklungsbedarf im Bereich des FFH-Gebietes „Fledermauslebensraum ...“ gibt. Die dafür erforderlichen Flächen sind nachzuermitteln und in die Beeinträchtigungen mit einzustellen.	Bei der Ermittlung erheblicher Beeinträchtigungen und der Bemessung des Bedarfs an Kohärenzmaßnahmen für Fledermäuse wurden mögliche Entwicklungspotenziale im vollen Umfang mitberücksichtigt.
40.	Als „echtes“ Erhaltungsziel ist außerdem die auch im Anh. II FFH-RL geführte Teichfledermaus zu bewerten, die im Gebiet nachgewiesen und daher als Erhaltungsziel nachzubetrachten ist, wie sich dies aus EU- KOMMISSION (2011) und nach der jüngeren Rechtsprechung des EuGH ergibt.	Zur Festlegung der Erhaltungsziele sind die in der Gebietsmeldung im Standard-Datenbogen aufgeführten Arten und Lebensraumtypen, zu deren Schutz das Gebiet vorgesehen ist, bzw. die gemäß Schutzgebietsverordnung festgelegten Schutzzwecke, maßgeblich. Einzelnachweise der Teichfledermaus erfordern nicht zwangsläufig eine Berücksichtigung als Erhaltungsziel des Natura 2000-Gebiets, zumal es weitaus geeignetere Gebiete für den Schutz dieser Art gibt.
41.	Unzureichende Darstellung der Eingriffsintensität und Kohärenzmaßnahmen	Die Darstellung der potentiellen Eingriffe sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Kohärenzsicherung können den jeweiligen FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen entnommen werden.
42.	Methodische Schwächen bei der Bewertung von Schutzgebieten und Arten	In den FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen finden sich detaillierte Angaben zum jeweiligen Schutzgebiet sowie die Beurteilung der vorhabenbedingten Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des Schutzgebiets.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
43.	Fehlende unabhängige Überprüfung der FFH-Verträglichkeitsprüfung	Die unabhängige Überprüfung erfolgt durch die Planfeststellungsbehörde im Planfeststellungsverfahren.
44.	6.3.2 - Artenschutz Datengrundlage ist veraltet	<p>Die der artenschutzrechtlichen Prüfung zugrunde gelegten Daten sind ausreichend aktuell gewesen, um eine belastbare Prüfung durchzuführen. Aus naturschutzfachlicher Sicht können faunistisch-tierökologische Daten, die nicht älter als fünf Jahre sind, in aller Regel als aktuelle Entscheidungsgrundlage herangezogen werden (Gaßner/Winkelbrandt/Bernotat, UVP und Strategische Umweltprüfung, 5. Aufl. 2010, S. 187 Rn. 112). Soweit innerhalb des in Rede stehenden Zeitraums kein Nutzungs- und Strukturwandel stattgefunden hat und auch keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen eingetreten ist, schadet auch ein höheres Alter der Daten nicht (HessVGH, Urt. v. 21.08.2009 – 11 C 318/08.T, juris, Rn. 632). Die zeitliche Grenze von fünf Jahren, die vorliegend überschritten ist, bietet daher lediglich einen allgemeinen Anhalt; letztlich ist die Aktualität der Datengrundlage nach Maßgabe praktischer Vernunft unter Berücksichtigung der jeweiligen Einzelfallumstände zu beurteilen (BVerwG, Urt. v. 07.07.2022 – 9 A 1.21, BVerwGE 176, 94 (Rn. 96)).</p> <p>Die Änderung des ausgelegten Plans umfasst insbesondere eine Ergänzung des Landschaftspflegerischen Begleitplans um eine Gegenüberstellung der Biotoptypen 2010/2013 mit der Neukartierung aus dem Jahr 2022 (Unterlage 19.1.1 Textkarte Biotopvergleich) und die Ergänzung des Fachbeitrag Artenschutz um faunistische Untersuchungen 2019 (Unterlage 19.4.2).</p>
45.	6.3.3 - Vögel Die Erfassung der Vogelarten ist veraltet und unvollständig	Erfassungsumfang und Tiefe entsprechen allgemein anerkannten fachlichen Standards, wie sie bspw. durch Albrecht et al. 2014 für die Straßenplanung empfohlen werden. Die Brutvogelerfassungen stellen zudem aufgrund der Variabilität der Brutplätze immer eine Momentaufnahme dar. Vorliegend konnten Daten aus zwei Erfassungsperioden berücksichtigt werden, was eine vergleichsweise gute Basis darstellt. Außerhalb der Waldbereiche des Frankensundern verläuft die Trasse überwiegend durch Offenland und Halboffenlandbereiche. Ein Abgleich von Luftbildern aus 2018 und 2025 zeigt hier keine relevanten Veränderungen der Habitatstrukturen, weshalb die Brutvogeldaten aus 2019 noch eine hinreichend Beurteilungsbasis bilden. Veränderungen gibt es in den Waldbeständen des Frankensundern, wo vereinzelt Fichtenbestände aufgrund von Trockenschäden gefällt wurden und an ihrer Stelle jetzt Kahlschlagfluren vorzufinden sind. Auch der vorhandenen Tonabbau hat sich erweitert. Im Ergebnis werden hier typische Waldarten wie bspw. Spechte verschwunden sein und stattdessen Arten vorherrschen, welche derartige Kahlschlagfluren und Jungbestände bevorzugen. In vergleichbaren Strukturen wurde im Untersuchungsgebiet als planungsrelevante Art insbesondere die Goldammer nachgewiesen, welche daher auch jetzt in derartigen Strukturen zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund wird der Vorhabenträger vorsorglich zumindest in den Waldbeständen noch einmal die Brutvögel nachkartieren, es werden hierdurch aber keine relevanten Änderungen in der Maßnahmenplanung erwartet. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen für Arten der Kahlschlagfluren und Aufforstungen sind wesentlich leichter zu realisieren als Maßnahmen für ausgesprochene Waldarten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind hier bereits die angrenzend an das Waldgebiet vorgesehenen Aufforstungsflächen als Ersatzhabitat ausreichend.
46.	Es wurde eine Reihe von Vogelarten im charakteristischen Sinne der FFH-Richtlinie ausgeblendet. Diese Einschränkung entspricht nicht der Rechtslage.	Die für die FFH-VP relevanten charakteristischen Arten der LRT wurden in hinreichender Tiefe erfasst. Zudem ist hervorzuheben, dass im vorliegenden Fall nicht die charakteristischen Arten, sondern andere Sachverhalte wie insbesondere Stickstoffdepositionen maßgeblich für das Eintreten erheblicher Beeinträchtigungen sowie den Beeinträchtigungsumfang sind.
47.	Die Auswahl der Arten, die einer einzelartlichen Betrachtung unterzogen werden, erfolgte willkürlich.	Die artenschutzrechtliche Beurteilung beschränkt sich nicht auf die Arten der Roten Liste, streng geschützte Arten und Vogelarten nach Anh. I VRL, sondern berücksichtigt alle europäisch geschützten Vogelarten. Die Arten der Roten Liste werden lediglich mit einer größeren Untersuchungstiefe betrachtet als allgemein häufige Arten, was den Zielen des Artenschutzes dienlich ist.
48.	Die Erfassungen sind im Übrigen auch unvollständig. So wird für die Gartengrasmücke lediglich eine Brutzeitfeststellung, jedoch kein Brutrevier angenommen.	<p>Die Kartierungen sind Momentaufnahmen, die sich bei einigen Arten jährlich ändern können. Unterschiede in verschiedenen Kartierjahren sind daher überhaupt nicht ungewöhnlich oder unplausibel.</p> <p>Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass für häufige Brutvogelarten der Wälder und Gehölze, welche in KIFL (2010) den Gruppen 4 und 5 zugeordnet sind, pauschal für alle Waldbereiche und Gehölzstrukturen des Offenlandes im 100 m Abstand zur Straße eine Verminderung der Habitateignung um 80 % angesetzt wurde, unabhängig von tatsächlichem Vorkommen. Hiermit wurde derartigen Fluktuationen Rechnung getragen, und es sind auch Gartengrasmücke und Kernbeißer mit abgedeckt.</p>
49.	Die Methodenbeschreibung lässt nicht erkennen, dass die methodischen Standards nach Süßbeck et al. (2005) eingehalten wurden. Bei einer nach den Karten zur Avifauna angeblich untersuchten Fläche von ca. 2.000 ha reicht der in Tab. 3 angegebene Zeitaufwand pro Begehung nicht aus, um den Anforderungen an den Untersuchungsaufwand/Flächeneinheit gerecht zu werden.	Die Untersuchungsfläche lag bei 1.560 ha und nicht wie hier angenommen bei 2.000 ha. Entsprechend war der Aufwand rund 25 % geringer als vom Einwender angenommen. Entsprechend wurden die methodischen Standards eingehalten.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
50.	Grund der Streichung der Ausgleichsmaßnahmen für die Feldlerche	Im Rahmen der aktualisierenden avifaunistischen Kartierungen im Jahr 2019 konnten keine Brutvorkommen der Feldlerche mehr festgestellt werden. Es kann im Zusammenhang mit der sehr deutlichen Abnahme des Feldlerchenbestands im Betrachtungsraum zudem grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass potenziell im Bereich der Gehölzpflanzungen vorkommende und durch diese beeinträchtigte Brutvorkommen der Feldlerche im nahen Umfeld ausreichend geeignete (vormals besetzte und inzwischen aufgrund des zurückgehenden Bestands unbesetzte) Habitate vorfinden, sodass von einem Ausweichen der Tiere ausgegangen werden kann.
51.	Die Argumentation, dass die Fachkonvention von Garniel und Mierwald (2010) korrekt angewandt wurde, um Beeinträchtigungen über die unmittelbaren Waldverluste hinaus zu erfassen, weist methodische Schwächen und Unklarheiten auf.	<p>Die „Berechnung“ der Betroffenheit der Brutpaare erfolgt auf Grundlage der artspezifischen Effektdistanz an Straßen und der zu erwartenden Verkehrsbelastung nach GARNIEL & MIERWALD (2010), Arbeitshilfe Vögel und Straßenverkehr. Demzufolge wird zur Wirkungsabschätzung eine Einstufung nach drei Verkehrsklassen sowie fünf Gruppen von Brutvogelarten mit je unterschiedlicher Lärmempfindlichkeit vorgenommen worden. Die Ermittlung der Betroffenheiten erfolgt gemäß der Arbeitshilfe anhand unterschiedlicher Wirkzonen. Entsprechend der Lärmempfindlichkeit werden den Vogelarten spezifische Schallpegel, Effektdistanzen, Fluchtdistanzen und/oder Störradien zugewiesen. Der Raum, in dem ein kritischer Schallpegel überschritten ist, wird anhand von Isophonen abgegrenzt. Isophone sind die Linien auf den Karten, die Orte mit demselben Schalldruckpegel miteinander verbinden. Die maßgeblichen Schalldruckpegel sind der genannten Arbeitshilfe entnommen. Als Effektdistanz wird die maximale Reichweite des erkennbar negativen Einflusses von Straßen auf die räumliche Verteilung einer Vogelart bezeichnet. Die Effektdistanz ist von der Verkehrsmenge unabhängig. Als Fluchtdistanz wird der Abstand bezeichnet, den ein Tier zu bedrohlichen Lebewesen wie natürlichen Feinden und Menschen einhält, ohne dass es die Flucht ergreift. Der Störradius entspricht der Distanz, bis zu der sich natürliche Feinde oder Menschen der Kolonie bzw. dem Rastvogeltrupp nähern können, ohne dass alle oder ein Teil der Vögel auffliegen.</p> <p>Weiterhin enthält die Arbeitshilfe Faktoren für die Abnahme der Habitateignung in den verschiedenen Zonen. Dabei ist die Reduzierung der Habitateignung abhängig von der Verkehrsmenge. Folgende Klassen der Verkehrsmenge sind definiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> – bis einschließlich 10.000 Kfz/24h – 10.001 bis 20.000 Kfz/24h – 20.001 bis 30.000 Kfz/24h – 30.001 bis 50.000 Kfz/24h – > 50.000 Kfz/24h. <p>Im Jahr 2019 erfolgte eine Aktualisierung der Datengrundlage zu den Artgruppen Avifauna und Amphibien. Im Jahr 2022 wurden die Fledermäuse erneut untersucht sowie die Baumhöhlendichte und die Waldstrukturkartierung überprüft. Darüber hinaus erfolgte eine Strukturkartierung für xylobionte Käferarten.</p>
52.	Die Argumentation zur Bemessung des Kompensationsbedarfs für Brutvögel ist in mehrfacher Hinsicht unzureichend und widerspricht den grundlegenden wissenschaftlichen Anforderungen an eine solche Bewertung.	Die von der Einwenderin geltend gemachten Aspekte werden im Anhang des Artenschutzbeitrages (Unterlage 19.2) abgehandelt. Dort finden sich aktualisierte, artspezifische Steckbriefe, die auf die biologischen Bedürfnisse jeder relevanten Vogelart eingehen und diese bewerten. Sofern die Verwirklichung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG droht, sind entsprechende Vermeidungs- oder CEF-Maßnahmen vorgesehen.
53.	Die Argumentation der Vorhabenträgerin, die Betroffenheit der Vogelarten der Gehölze auf 32,45 ha zu taxieren, ist in mehrfacher Hinsicht methodisch und wissenschaftlich unzulänglich. Diese Zahl ignoriert grundlegende ökologische Zusammenhänge und unterschätzt die tatsächliche Ausdehnung der Beeinträchtigungen erheblich.	<p>Der ursprünglich angenommene Flächenverlust in Höhe von 32,45 ha von Hecken/Büschen, Feldgehölzen und Wäldern/Waldrand betraf die Ableitung des Maßnahmenumfangs für nicht gefährdete Arten der Gehölze und Siedlungsrandbereiche. Diese Arten sind durch Gehölzverluste im Trassenbereich betroffen, welche im Rahmen der Eingriffsregelung bilanziert und kompensiert werden. Zusätzlich wurde unter Vorsorgegesichtspunkten die Betroffenheit derartiger Strukturen im 100 m-Bereich beiderseits der Straße bilanziert. Der Umfang beträgt nunmehr 35,03 ha.</p> <p>Der Prüfung liegt die anerkannte Arbeitshilfe Vögel und Straßenverkehr zugrunde. Der Kompensationsbedarf und die vorgesehenen Maßnahmen werden in Anhang 2 des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Unterlage 19.1) dargestellt.</p>
54.	6.3.4 - Säugetiere Zerschneidung eines für Fledermäuse hoch bedeutsamen Waldbereichs. Die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Querungshilfen ist hochgradig spekulativ.	Innerhalb des Waldbereiches lassen sich als Ergebnis umfangreicher, mehrjähriger Untersuchungen entlang der geplanten Trasse Schwerpunkte mit erhöhter Aktivitätsdichte und Bereiche mit deutlich geringerer Aktivitätsdichte unterscheiden, was für die räumliche Platzierung und Verbesserung der Wirksamkeit der Querungshilfen genutzt wurde. Eine im Jahr 2022 erfasste Verlagerung einer Flugroute wurde durch ein zusätzliches Querungsbauwerk aufgegriffen. Ansonsten haben sich die in 2010 – 2013 erfassten Bereiche mit hoher Aktivität durch die Untersuchung im Jahr 2022 weitgehend bestätigt. Die Ausgestaltung der Grün- und Faunabrücken entspricht den für Fledermausquerungshilfen definierten Anforderungen der MAQ 2022 bzw. geht über diese hinaus. In der Kombination mit den vorgesehenen Leit- und Sperreinrichtungen entlang der Trasse sowie den vorgesehenen Leitstrukturen innerhalb der Waldbestände ist eine ausreichende Wirksamkeit zu erwarten.
55.	Die Wirksamkeit der Maßnahme 2.7 VCEF Querungshilfe/Unterführung nahe Hügelkamp (Bauwerk 13) wird angezweifelt.	Es handelt sich bei den Untersuchungen, die zur Realisierung der Maßnahme 2.7 V geführt haben, nicht um rein punktuelle, zufällige Datenerhebungen, sondern um eine gezielte Untersuchung an relevanten, im Rahmen von Voruntersuchungen identifizierten Leitstrukturen. Die Querungshilfe befindet sich entsprechend im Offenland, im Bereich bedeutsamer Leitstrukturen und ist insoweit unabhängig von Waldstrukturen.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
56.	Es ist nicht erkennbar, auf welcher fachlichen Grundlage von der Wirksamkeit der Maßnahmen (Querungshilfen) ausgegangen werden soll.	Die trassenparallelen Leitstrukturen liegen im Baufeld der Trasse und wurden entsprechend vollumfänglich als Eingriff bilanziert. Von den in das Gebiet hineinreichenden Leitstrukturen betreffen lediglich rund 0,3 ha LRT. Hier sind aber keine Beeinträchtigungen vorgesehen. Wie dem Maßnahmenblatt zu entnehmen ist, bleiben vorhandene alte Laubbäume erhalten. Ausgelichtet werden dichter Unterwuchs oder dicht stehende Nadelbäume. Dies entspricht auch den Zielsetzungen des Managementplans wonach bspw. der Erhalt und die Entwicklung von Buchenwäldern der FFH-LRT 9110 und 9130 mit einer zeitlichen Kontinuität von Hallenwaldelementen gefordert wird, die durch einen geringen Unterwuchs in Kraut- und Strauchschicht gekennzeichnet sind. Im Weiteren wird für das Große Mausohr ausgeführt "Erhalten von freiem (vegetationsarmem) Flugraum über dem Waldboden durch Vermeiden einer flächenhaften horizontalen und vertikalen Diversifizierung". Nichts anderes ist in den Laubwald-LRT vorgesehen. Die Maßnahmen sollen zudem in enger Abstimmung mit der für das FFH-Gebiet zuständigen Fachbehörde umgesetzt werden. Der Anlage derartiger Schneisen in Waldbeständen wird in der aktuellen Arbeitshilfe Fledermäuse und Straßenverkehr im Zusammenhang mit Querungshilfen eine hohe Wirksamkeit zugesprochen (Lüttmann et al. 2023: 69).
57.	FFH-VS - Die vorgesehenen Maßnahmen sind nicht geeignet, das Tötungsrisiko so weit abzusenken, dass damit keine habitatschutzrechtliche Beeinträchtigung mehr verbunden ist.	Die Ausgestaltung der Grün- und Faunabrücken entspricht den für Fledermausquerungshilfen definierten Anforderungen der MAQ 2022 bzw. geht über diese hinaus. In Kombination mit den vorgesehenen Leit- und Sperreinrichtungen entlang der Trasse sowie den vorgesehenen Leitstrukturen innerhalb der Waldbestände ist auch gemäß der aktuellen Arbeitshilfe Fledermäuse und Straßenverkehr eine sehr hohe bis hohe Wirksamkeit zu erwarten ((Lüttmann et al. 2023: 65, 66). Insoweit basiert die Annahme einer hinreichenden Wirksamkeit auf dem zum Zeitpunkt der Unterlagenerstellung verfügbaren Kenntnisstand von Wissenschaft und Forschung.
58.	Die Überlegungen zur Wirksamkeit der Maßnahmen in der FFH-VS, die keine fachlich fundierte Datengrundlage haben, wie eingeräumt wird, werden den Anforderungen an eine FFH-VP nicht gerecht. Die angenommenen Wirksamkeitsgrade sind rein spekulativ. Es ist auch nicht ersichtlich, wie eine Nachsteuerung aussehen könnte, wenn sich die vagen Schätzungen (70 – 80 %) als unzutreffend erweisen sollten.	Die Ausgestaltung der Grün- und Faunabrücken entspricht den für Fledermausquerungshilfen definierten Anforderungen der MAQ 2022 bzw. geht über diese hinaus. In Kombination mit den vorgesehenen Leit- und Sperreinrichtungen entlang der Trasse sowie den vorgesehenen Leitstrukturen innerhalb der Waldbestände ist auch gemäß der aktuellen Arbeitshilfe Fledermäuse und Straßenverkehr eine sehr hohe bis hohe Wirksamkeit zu erwarten (Lüttmann et al. 2023: 65, 66). Insoweit basiert die Annahme einer hinreichenden Wirksamkeit auf dem zum Zeitpunkt der Unterlagenerstellung verfügbaren Kenntnisstand von Wissenschaft und Forschung. Die Angaben zur Aktivitätsdichte im Trassenbereich basieren auf umfassenden mehrjährigen Untersuchungen und sind alles andere als spekulativ. Die vorgesehenen "Waldschneisen" werden das Raumnutzungsverhalten der Fledermäuse zudem weiter stabilisieren. Es wurde zudem keinesfalls nur das Große Mausohr erfasst, sondern sämtliche Fledermausarten. Das Große Mausohr verdient als Erhaltungsziel des FFH-Gebiets und der im Vergleich zur Bechsteinfledermaus weitaus häufigeren Nachweise im Trassenumfeld eine besondere Bedeutung. Die Querungshilfen und Leitstrukturen weisen darüber hinaus auch für alle anderen im Gebiet vorhandenen Fledermausarten eine hohe Wirksamkeit auf.
59.	Es ist nicht ersichtlich, wieso die Fledermäuse nicht auf dem direkten Weg über die Autobahn zum Quartier zu fliegen, sondern erst einen mehrere hundert Meter langen Umweg bis zu einer Grünbrücke nehmen sollen. Daran werden auch die vorgesehenen Irritationsschutzwände nichts ändern können.	Die Fledermausuntersuchungen entlang der geplanten Autobahntrasse haben allgemein die Aktivitätsdichte der Großen Mausohren erfasst, was zu einem großen Anteil auch Flüge zur Nahrungssuche beinhaltet. Intensiv zur Nahrungssuche beflogene Bereiche im Trassenumfeld sind insoweit bei der Positionierung der Grünbrücken berücksichtigt. Für die Nahrungssuche werden grundsätzlich die Bereiche genutzt werden, welche einen entsprechenden Insektenreichtum sowie eine hinreichende Zugänglichkeit, d.h. einen hindernisfreien Flugraum aufweisen. Dies werden entsprechend strukturierte Waldbestände, aber auch die vorgesehenen Leitstrukturen sein. Diese bieten mit der Offenhaltung freier Durchflugmöglichkeiten in Bodennähe zugleich günstige Voraussetzungen für die Nahrungssuche und lassen auch so eine Attraktionswirkung erwarten. Darüber hinaus sorgt die dichte Anpflanzung mit Gehölzen entlang dieser Leitstrukturen zu einer seitlichen "Abspernung" und entsprechender Richtungswirkung. Insgesamt ist somit zu erwarten, dass die Fledermäuse stärker in Richtung der Grünbrücken geleitet werden. Gleichwohl wurde in der Untersuchung auch berücksichtigt, dass Überflüge über der Autobahn auch abseits der Grünbrücken nicht vollständig auszuschließen sind.
60.	Welche Entwicklung wird die Vegetation entlang der Autobahnböschung nehmen? Das Straßenumfeld mit den Böschungen könnte eine anlockende Wirkung für Fledermäuse entfalten.	An der Böschungsoberkante ist eine dichte Anpflanzung vorgesehen, die dazu beitragen soll, die Großen Mausohren in Richtung der Grünbrücken zu leiten. Dem schließt sich im oberen Teil der Böschung ein rund 10 m breiter Streifen mit ruderalen Gras- und Staudenfluren an. Dieser ist als Nahrungshabitat für Große Mausohren von geringerer Attraktivität. Am unteren Rand der Böschung erfolgt wieder eine dichte Gehölzpflanzung mit Funktionen als Leitstruktur in Richtung der Grünbrücken. Daran anschließend ist am unmittelbaren Fahrbahnrand eine 4 m hohe Leit- und Sperreinrichtung für Fledermäuse vorgesehen. Soweit die trassenparallel vorgesehenen Gehölzstrukturen für die Jagd genutzt werden, ist dies unkritisch und unterstützt die gewünschte Leitfunktion.
61.	Sofern die FFH-VS schließlich auch auf BERNOTAT UND DIERSCHKE (2021) und deren Mortalitätsgefährdungsindex Bezug nimmt, ist festzustellen, dass der schon nicht geeignet ist, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände korrekt zu beurteilen. Noch stärker gilt dies für die hier zu beurteilende habitatschutzrechtliche Betroffenheit.	Die beim Bundesamt für Naturschutz tätigen Autoren sehen die MGI-Methodik durchaus als geeignet an, projektbedingte Mortalitätsrisiken von nach den Erhaltungszielen geschützten Arten in Natura 2000-Gebieten im Rahmen einer FFH-VP transparent und nachvollziehbar zu bewerten (Bernotat & Dierschke 2021: 35). Die Anwendbarkeit des MGI in der FFH-VP ist zudem u.a. im Zusammenhang mit Freileitungen auch bereits durch das BVerwG bestätigt.
62.	FFH-VS S. 20: Das Große Mausohr steht hier im Vordergrund. Generell ist jedoch auch eine Nutzung durch Bechsteinfledermäuse nicht auszuschließen. Die beiden Arten sind gleichrangig zu gewichten	Die beiden Arten wurden gleichgewichtig behandelt. Während Große Mausohren aber vergleichsweise häufig im Trassenbereich nachgewiesen wurden, konnten von der Bechsteinfledermaus nur Einzelnachweise erbracht werden. Die Trasse befindet sich im weiteren Aktionsraum einer sehr kleinen Kolonie der Bechsteinfledermaus. Der zentrale, häufig genutzte Aktionsraum befindet sich südlich der Trasse in den hier vorhandenen älteren Lauwaldbeständen. Allein diese deutlich unterschiedlichen Nutzungsintensitäten im Trassenbereich rechtfertigen und fordern eine stärkere Berücksichtigung des Großen Mausohrs bei der Konzeption der Querungshilfen. Die vorgesehenen Querungshilfen sowie Leit- und Sperreinrichtungen sind gemäß MAQ 2022 aber in gleicher Weise auch für die Bechsteinfledermaus wirksam.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
63.	Unzulässige Anrechnung von Artenschutzmaßnahmen Die Zerstörung von Höhlen ist als erhebliche Beeinträchtigung zu sehen, und zwar nicht nur für die Arten nach Anh. II FFH-RL, sondern auch für die weiteren als charakteristisch für die Waldlebensräume einzustufenden Fledermaus- und Vogelarten.	Die Verluste an Höhlenbäumen sind mit ca. 8 Bäumen auf rd. 2 km Trassenlänge als gering einzuschätzen, was sich daraus erklären lässt, dass die Trasse zu großen Teilen durch Fichtenbestände mittleren Alters verläuft, die vergleichsweise wenige Baumhöhlen aufweisen. Angesichts der Größe der Waldbestände und des Vorhandenseins höhlenreicherer Laubwaldbestände außerhalb des Eingriffsbereichs, haben die Verluste an Höhlenbäumen keine relevanten Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der Mausohrpopulation im FFH-Gebiet, zumal diese allenfalls als Männchen oder Paarungsreviere relevant sein können. Quartiere der Bechsteinfledermaus sind nicht betroffen. Erhebliche Beeinträchtigungen der Anhang II Arten ergeben sich insoweit nicht. Die Überlegung, ob die Beseitigung von Höhlenbäumen zu einer Beeinträchtigung von charakteristischen Arten führt, welche als erhebliche Beeinträchtigung von LRT zu werten sein könnte, geht am eigentlichen Problem vorbei. Die Beseitigung von Höhlenbäumen geht einher mit der Beseitigung des LRT, was dann unmittelbar eine erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Im Übrigen ist auf Maßnahme 1.3 VArt – “Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- bzw. Wochenstubenzeit und Kontrolle von Höhlenbäumen” hinzuweisen, mit der die baubedingte Tötung von Fledermäusen vermieden wird. Auf die übrigen Maßnahmen wird nur ergänzend hingewiesen. Gleichwohl erhöhen sie das Quartierangebot vor dem Eingriff und unterstützen damit Maßnahme 1.3 VArt, da sie vor Beginn des Eingriffs bereits Ausweichmöglichkeiten schaffen. Hiervon unabhängig wäre gemäß der Rechtsprechung des EuGH auch eine weitergehende Berücksichtigung dieser Maßnahmen im Habitatschutz nicht ausgeschlossen (s. EuGH, Urteil vom 25.07.2018 – C-164/17, Rn. 57), was vorliegend aber nicht erforderlich ist.
64.	Die Wirksamkeit der angesprochenen Maßnahmen (künstliche Quartiere) insbesondere für Fledermäuse ist als nicht sicher anzusehen.	Die vorstehend genannten Maßnahmen beinhalten insbesondere Prozessschutzflächen, welche die Entwicklung des natürlichen Quartierangebots fördern. Das ergänzend genannte Bohren von Baumhöhlen nutzt einer Vielzahl von Fledermausarten und insbesondere den hier relevanten Anhang II-Arten Großes Mausohr (Tagesquartiere) und Bechsteinfledermaus.
65.	Fachkonvention von LAMBRECHT UND TRAUTNER (2007) Die FFH-VS bemüht sich die flächenmäßige Ausdehnung zu relativieren.	Die Fachkonvention LAMBRECHT UND TRAUTNER (2007) wird in der FFH-VP in einer sachgerechten, der üblichen Praxis entsprechenden Weise angewandt.
66.	FFH-VS S. 61 - LRT 91E0* Der Eingriff eine Fläche der höchsten Wertstufe beim Erhaltungszustand ist besonders hoch zu gewichten und ist der Sache nach durch Kohärenzmaßnahmen auch nicht auszugleichen.	Die genannte Fläche grenzt unmittelbar an die A1 und ist daher starken Vorbelastungen durch Lärm und Stickstoffdepositionen ausgesetzt. Ein Ausgleich der Betroffenheit durch Kohärenzmaßnahmen in einem weniger vorbelasteten Bereich ist unzweifelhaft möglich.
67.	Das Anbohren von Bäumen ist zweifellos eine Schädigung der Exemplare, die zu einer künstlichen Beschleunigung des Absterbens von Bäumen gerade in Zonen des Prozessschutzes führen.	Die Bohrung künstlicher Höhlen ist eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung des Quartierangebots für Fledermäuse. Erfolgskontrollen belegen, dass Bohrhöhlen relativ schnell von Fledermäusen angenommen werden. Die schnellste belegte Nutzung erfolgte innerhalb von rund sechs Monaten. Nachgewiesen wurden u. a. Bechsteinfledermaus (<i>Myotis bechsteinii</i>), Wasserfledermaus (<i>Myotis daubentonii</i>), Braunes Langohr (<i>Plecotus auritus</i>), Arten der Gattung <i>Pipistrellus</i> , Großes Mausohr (<i>Myotis myotis</i>), Abendsegler und Kleinabendsegler (<i>Nyctalus leisleri</i>). Die Maßnahme wird daher bspw. von den Koordinationsstellen für Fledermausschutz in Bayern als CEF-Maßnahme empfohlen (s. ZAHN, A., HAMMER, M. & PFEIFFER, B. 2021). Das Büro Simon u. Widdig führt seit 10 bis 15 Jahren ein Monitoring derartiger gebohrter Baumhöhlen durch und hier sind bislang keine relevanten Schäden an den Bäumen aufgetreten. Bäume sind zudem in der Lage sich aktiv im Falle einer Verletzung durch Abschottung des betroffenen Bereichs zu wehren (s. Codit-Modell nach Shigo 1977). Insgesamt überwiegen die Vorteile der Maßnahmen mögliche Risiken. In welcher Form hier der Artenschutz fragwürdig betroffen ist oder die Erhöhung der Habitatqualitäten für Zielarten des FFH-Gebiets und charakteristische Arten einen Eingriff in das FFH-Gebiet darstellt, erschließt sich nicht.
68.	Die Beeinträchtigung der Jagdgebietseignung für das passiv jagende Große Mausohr ist nicht hinreichend umschrieben,	Die Funktionsminderung wurde auch in Bereichen ermittelt, welche erst noch entwickelt bzw. verbessert werden sollen.
69.	Die in Tab. 21 der FFH-VS vorgenommene Bilanzierung ist nicht nachvollziehbar und vermutlich auch nicht richtig, weil offensichtlich keine Entwicklungsflächen einbezogen wurden bzw. das Entwicklungsgebot nicht berücksichtigt wurde.	Wie der Tabelle zu entnehmen ist, wurden auch überwiegend ungeeignete, d.h. entwicklungsbedürftige Flächen bilanziert. Eine Umrechnung von Funktionsminderungen in absolute Flächenverluste entspricht der gängigen Praxis und ist bspw. auch in anerkannten Regelwerken wie der H PSE so vorgesehen.
70.	Die Bilanz in der FFH-VP S. 72 ist im habitatschutzrechtlichen Kontext falsch. Denn bei der ermittelten Gesamtfläche für die Kolonie in Engter handelt es sich nur bei einem Viertel um ein FFH-Gebiet, die restlichen Flächen liegen außerhalb und sind ungeschützt.	Zutreffend ist, dass das FFH-Gebiet Fledermauslebensraum Wiehengebirge nur einen Teil der Nahrungshabitate insbesondere der Mausohrkolonie Engter abdeckt. Wenn in Anlehnung an die erwähnte Schutzgebietsverordnung nur die gut geeigneten Nahrungshabitate berücksichtigt werden, beträgt der Verlust lediglich 0,84 ha Nahrungshabitatfläche. Die Behauptung, dass für 10 % der im FFH-Gebiet jagenden Großen Mausohren ein Lebensraumverlust eintritt, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
71.	Es wurde nicht ermittelt, welchen Stellenwert die als besonders geeignet eingestuften Flächen im gesamten Nahrungsnetz der Kolonie haben. Dafür ist Stichprobe der untersuchten Tiere zu klein und zu alt.	Die Bilanz berücksichtigt auch Entwicklungsflächen. Gut geeignete Nahrungshabitate sind nur in geringem Umfang betroffen. Die Aktivitätsdichten und damit auch Aktivitäten der Nahrungssuche werden durch die aktuellen Batcorderuntersuchungen mit abgedeckt. Im Übrigen wurden die Nahrungshabitatverluste vorsorglich als erhebliche Beeinträchtigung gewertet.
72.	Zur Bechsteinfledermaus führt die FFH-VS aus, dass die Verluste an Höhlenbäumen nur einen geringen Einfluss hätten und deshalb als nicht erheblich anzusehen seien. Die FFH-VS übersieht dabei dass die Beseitigung von Quartierbäumen immer eine erhebliche Beeinträchtigung darstellt und durch die vorgesehenen Ersatzmaßnahmen nicht entfällt.	Bedeutsame, als Wochenstubenquartier genutzte Quartierbäume der Bechsteinfledermaus sind nicht betroffen. Die Kernaktionsräume der im FFH-Gebiet vorhandenen Bechsteinfledermauskolonien liegen deutlich außerhalb des Trassenbereichs.
73.	Unzureichende Berücksichtigung des Erhaltungsziels „Kammolch“	Wie Kapitel 6.2.1 der UVS zu entnehmen ist, wurde für den Kammolch insbesondere aufgrund des ungünstigen Erhaltungszustands der Population im FFH-Gebiet vorsorglich von einer erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen und es werden geeignete Kohärenzmaßnahmen zu Verbesserung der Situation vorgesehen.
74.	FFH-VS S. 23: Durch die Fangaktion der Kammolche wird keine habitatschutzrechtliche Unerheblichkeit erreicht.	Die Maßnahmen dienen der Vermeidung baubedingter Tötungen und sind hierzu geeignet und bewährt. Vorsorglich wird zudem für den Kammolch eine erhebliche Beeinträchtigung angenommen.
75.	6.3.5 - Insekten Hinweise auf Vorkommen der charakteristischen Nachtfalter liegen aus dem Untersuchungsgebiet nicht vor. Insbesondere Schmetterlingsarten sowie Wirbellose wurden nicht erfasst. Durch die A33-Nord wird eine absolute Barriere für Wirbellose errichtet.	Wie auf Seite 51 der FHH-VP ausgeführt, sind aus der Betrachtung der Tagfalter und weiterer charakteristischer Wirbellosenarten vorliegend keine zusätzlichen Erkenntnisse für die Beeinträchtigung der Lebensraumtypen zu erwarten. Über den unmittelbaren Eingriffsbereich hinausreichende Beeinträchtigungen könnten sich insbesondere durch Veränderungen des Mikroklimas und Anlockeffekte durch Licht ergeben. Die mikroklimatischen Veränderungen werden hinreichend über die Bilanzierung des Waldanschnitts mitberücksichtigt. Relevante Anlockeffekte durch Licht können aufgrund der Einschnittslage der Trasse, der vorgesehenen dichten Anpflanzung und der Irritationsschutzwände sowie der ohnehin geringeren Anlockwirkung bewegter Lichtquellen im Vergleich zu stationären ausgeschlossen werden. Grundsätzlich sind die Querungsbauwerke zudem auch für wirbellose Arten geeignet, wobei für nicht flugfähige, gering mobile und an feuchte Standorte des LRT 91E0* gebunden Arten bereits die zwischen den LRT-Beständen und der Trasse gelegenen Fichtenbestände eine Barriere darstellen dürften. Ansonsten gilt auch für den LRT 91E0* das als maßgeblicher Faktor für die Ermittlung erheblicher Beeinträchtigungen und den Umfang von Kohärenzmaßnahmen insbesondere die Stickstoffdepositionen relevant sind.
76.	Bei den Wirbellosenarten sind außerdem deren spezifische Ansprüche zu berücksichtigen. Dies gilt etwa in den Bereichen, die auch von der Grundwasserabsenkung im Bereich des Einschnitts betroffen sind.	Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse des Baugrundgutachtens wurde eine Wirkzone von 50 m angesetzt, in der relevante Grundwasserabsenkungen möglich sind und als Beeinträchtigung für den LRT 91E0* gewertet. Die befürchteten Beeinträchtigungen auf Wirbellose sind damit hinreichend abgedeckt.
77.	Keine adäquate Behandlung des Hirschkäfers in der FFH-VP	Zur Festlegung der Erhaltungsziele sind die in der Gebietsmeldung aufgeführten Arten und Lebensraumtypen, zu deren Schutz das Gebiet vorgesehen ist, bzw. die gemäß Schutzgebietsverordnung festgelegten Schutzzwecke maßgeblich. Vom Hirschkäfer liegt lediglich ein einzelner Zufallsfund aus 2010 vor. Ein Vorkommen der Art im Untersuchungsgebiet ist unwahrscheinlich. Ein derartiger Einzelfund erfordert nicht zwangsläufig eine Berücksichtigung als Erhaltungsziel des Natura 2000-Gebiets, zumal es weitaus geeignetere Gebiete für den Schutz dieser Art gibt. Eine in 2024 durchgeführte gezielte Nachuntersuchung zum Hirschkäfer erbrachte keine Nachweise im Untersuchungsgebiet.
78.	6.3.6 - Schutz- u. Vermeidungsmaßnahmen Die Kennzeichnung von Vermeidungsmaßnahmen mit dem Kürzel "CEF" (Continued Ecological Functionality) ist nicht nur missverständlich, sondern methodisch und rechtlich fragwürdig. Die Nutzung irreführender Begrifflichkeiten erschwert die Nachvollziehbarkeit der Planungsunterlagen und stellt die Transparenz des gesamten Verfahrens infrage.	Das Kürzel VCEF gibt es nicht. Um kenntlich zu machen, dass es sich um Vermeidungsmaßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände handelt wurde im Deckblatt das Kürzel VArt verwendet.
79.	6.4 – Verträglichkeitsgutachten Mängel bei der Festlegung der als Maßnahme zur Kohärenzsicherung	Die vorgesehenen Maßnahmen gehen über die im Managementplan sowie die in der Schutzgebietsverordnung vorgesehenen Maßnahmen hinaus, z. B. über die festgelegten Einschränkungen der forstlichen Nutzung (s. § 5 Abs. 4 LSG Verord.). Auch ist nicht nachvollziehbar, weshalb es ausgeschlossen sein sollte, LRT oder geschützte Biotope hinsichtlich ihrer Habitatqualitäten für Arten des Anhang II aufzuwerten und entsprechend als Kohärenzmaßnahmen zu berücksichtigen.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
80.	7. Schutz des Bodens Abschätzung der Stickstofffreisetzung in Bezug auf Plaggenesch fehlerhaft	Die Studie von HÖPER et al. (2002) beschreibt, dass im Unterboden der Esche eine Entkopplung zwischen C- und N-Mineralisation stattfindet. Konkret nimmt die N-Mineralisation mit zunehmender Tiefe deutlich stärker ab als die C-Mineralisation – ein Phänomen, das als Basalatmung bezeichnet wird. Daraus folgt, dass der Unterboden der Esche in einem ungestörten Zustand nicht wesentlich zur Stickstofffreisetzung beiträgt. Diese Schlussfolgerung gilt für ungestörte Bodenprofile. Sobald der Plaggenesche durch Eingriffe (z. B. Bodenabtrag, Bauarbeiten) mechanisch verändert wird, können sich die Freisetzungsmechanismen ändern.
81.	8. Klimaschutz, Klimaanpassung	
82.	8.1 Klimaziele Die Auswirkungen des Straßenbauvorhabens auf die Klimaziele wurden nicht untersucht. Die klimapolitischen Ziele werden missachtet. Abschätzung der verkehrsbedingten THG-Emissionen fehlerhaft	Die verkehrsbedingten THG-Emissionen wurden auf Basis des Hinweispapiers des BMDV 2022 ermittelt. Einzelheiten zur Abschätzung finden sich in Kap. 3.2 des Fachbeitrags Klimaschutz
83.	Fehlende Berücksichtigung von Klimawandel-Effekten	Im Rahmen der Deckblattänderung wurde u.a. der Fachbeitrag Klimaschutz (Unterlage 21.2) ergänzt. In Tab. 5 sind Ausgleichsmaßnahmen mit Senken- und Speicherfunktion für THG aufgeführt. Überdies wurde der straßenverkehrsbedingte Stickstoffeintrag in den FFH-Gebieten „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ und „Kammolch-Biotop Palsterkamp“ im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der A 33 untersucht (Unterlage 19.5). Auch in den FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen wurden die aus den verkehrsbedingten Emissionen resultierenden Stickstoffdepositionen als betriebsbedingte Beeinträchtigungen sowie der Critical Load betrachtet und bewertet.
84.	Die Argumentation, dass die in der Landschaftsplanung (LBP) angesetzten Wirkweiten von Stickstoffdepositionen pauschalen Abschätzungen folgen und durch eigene empirische Untersuchungen wie jene von Kirchner et al. (2006) gestützt werden, ist methodisch angreifbar und zeigt erhebliche Schwächen in der Begründung.	Was die Stickstoffdepositionen betrifft, wurde vor dem Hintergrund möglicher mittelbarer Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets „Kammolch-Biotop Palsterkamp“ eine FFH-Verträglichkeitsuntersuchung durchgeführt wurde (Unterlage 19.5). Das zu den verkehrsbedingten Stickstoffeinträgen in den FFH-Gebieten erstellte Gutachten wurde in den Jahren 2016, 2019 und 2020 aktualisiert. Grundlage waren jeweils aktuelle Emissionsdaten aus dem HBEFA sowie das Berechnungsverfahren PROKAS in Kombination mit dem Ausbreitungsmodell LASAT. Für die Prognose wurde das Jahr 2030 angesetzt. Die Stickstoffausbreitung wurde unter Berücksichtigung von Emissionen, Wetterbedingungen, Topografie und Verkehrseinfluss simuliert.
85.	Die Ausarbeitung der THG-Bilanzierung der Lebenszyklusemissionen ist nicht ausreichend und nicht nachvollziehbar. Es ist nicht erkenntlich, ob Lkw Fahrten beim Bau der A33 und die Herstellung der RRB in Betonbauweise bei der THG-Bilanzierung berücksichtigt wurden.	Der Fachbeitrag wurde entsprechend den aktuell gültigen Hinweisen des BMDV zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung erstellt und berücksichtigt auch das entsprechende Ad-Hoc Arbeitspapier der FGSV (Stand Dezember 2023). Details der Bauausführung können und müssen auf der Ebene der Planfeststellung noch nicht abschließend festgelegt werden und sind insoweit nicht zu berücksichtigen, zumal der Straßenbaulasträger ohnehin verpflichtet ist, die Belange des Klimaschutzes in der Ausführungsplanung und dem Bau der Straße zu beachten. Derzeit ist weder klar, über welche Entfernungen Erdmassen zu transportieren sind, noch welche Antriebstechniken die für den Transport eingesetzten Fahrzeuge zum Zeitpunkt des Baus nutzen. Die Regenrückhaltebecken sind über die angesetzten Pauschalen mit abgedeckt bzw. fallen in der Gesamtbilanz nicht ins Gewicht.
86.	Vergleiche der Vorzugsvarianten schwammig	Wie die THG-Emissionen ermittelt werden, wird in Kap.3 des Fachbeitrags Klima dargestellt. Die Vergleiche der Vorzugsvariante mit der Variante III sind anschließend jeweils tabellarisch dargestellt (vgl. Tab. 2 oder Tab. 4).
87.	Die Ausführung der Abschätzung der verkehrsbedingten THG-Emissionen durch die Nutzung der Straße ist nicht nachvollziehbar.	Die Einheit ist in Zeile 1 der Tabelle angegeben und lautet CO ₂ -eq/a. Die CO ₂ -Emissionen pro Fahrzeug wurden durch das Büro Lohmeyer entsprechend den Angaben des Handbuchs für Emissionsfaktoren (HBEFA Version 4.2) und dem Modell TREMOD (Transport Emission Model) des UBA ermittelt. Da hier verschiedene Fahrmodi und Geschwindigkeiten zu berücksichtigen sind kann kein einzelner Wert pro PKW/LKW/E-Auto angegeben werden. Der Berechnung wurde ein Netzmodell der Verkehrsentwicklung zu Grunde gelegt. Die Einsparungen resultieren aus Entlastungen im betrachteten Verkehrsnetz.
88.	Verlust von Plaggenesch ist unberücksichtigt geblieben	Die Überbauung von Plaggenesch wurde im Fachbeitrag Klima berücksichtigt (vgl. Tab. 6).
89.	Berücksichtigung des Einflusses der Landnutzung auf THG-Emissionen fehlerhaft	Böden als Speicher von organischem Kohlenstoff wurden in Kap. 3.1.1 des Fachbeitrags Klima betrachtet.
90.	Flächensparen/30-ha-Ziel wird nicht erreicht	Das 30-Hektar-Ziel ist nicht gesetzlich verankert und stellt keine verbindliche Vorgabe dar.
91.	Versiegelung führt dazu, dass in Dürresommern keine Abkühlung mehr möglich sei	Die durch die Versiegelung entstehenden Beeinträchtigungen des Bodens werden kompensiert. Einen Überblick über die Betroffenheiten des Schutzgutes Boden durch Bebauung und Versiegelung in den einzelnen Bezugsräumen sowie den sich daraus ergebenden Kompensationsbedarf geben die Tab. 38 und 39 des Landschaftspflegerischen Begleitplans.
92.	Die im Fachbeitrag Klimaschutz angewandte, oberflächliche Bewertung der durch den Bau der A33 Nord verursachten Verhinderungen von ökosystemspezifischem C-Speicher ist nicht ausreichend.	Die Beurteilung der durch Landnutzungsveränderungen verursachten THG-Emissionen erfolgte entsprechend der aktuell gültigen Hinweise des BMDV zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung sowie des Ad-Hoc Arbeitspapier der FGSV (Stand Dezember 2023). Danach ist die Abschätzung für Boden und Biotope unter Berücksichtigung der jeweiligen qualitativen Funktionsausprägungen vorzunehmen und keine quantitative Bilanz zu erstellen.
93.	Die vorgesehenen „Kompensationsmaßnahmen mit Senken- und Speicherfunktion für THG“ sind nicht geeignet, die durch vorhabenbedingte Eingriffe entstehenden THG-Emissionen im Sektor LULUCF zu kompensieren.	Die Verluste an Wald und Gehölzen sind in Tab. 4 sachgerecht dargestellt und beziehen sich auf die unmittelbare bau- und anlagebedingte Inanspruchnahme von Waldbeständen ohne Waldlichtungsfluren. Nicht mit aufgeführt sind an dieser Stelle die Funktionsminderungen durch Waldanschnitt oder Grundwasserabsenkung, da hier nicht kurzfristig mit einer Änderung der Landnutzung bzw. zusätzlichen Treibhausgasemissionen zu rechnen ist. In Tab. 6 ist allerdings ein Übertragungsfehler enthalten. Hier wären die gleichen Werte wie in Tab. 6 einzusetzen. Auch dann ist aber eine mehr als ausreichende Kompensation gegeben.
94.	Widerspruch zur Zielsetzung, den Zuwachs von Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2030 auf weniger als 30 Hektar pro Tag zu begrenzen.	Das 30-Hektar-Ziel ist nicht gesetzlich verankert und stellt keine verbindliche Vorgabe dar. Im Übrigen wird auf die lfd. Nr. 86 verwiesen.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
95.	8.2 - Frischluftzufuhr	
96.	Schutzgutes Klima/Luft Die verwendeten Daten sind zu alt und ungeeignet. Es ist eine aktuelle Bewertung vorzunehmen.	Das Klimaanpassungskonzept der Stadt Osnabrück grenzt nur randlich im Bereich der Bestandstrasse an das Untersuchungsgebiet an. Neue Erkenntnisse hinsichtlich möglicher vorhabenbedingter Beeinträchtigungen ergeben sich hierdurch nicht. Der Hitzeaktionsplan des Landkreises Osnabrück aus Oktober 2024 lag zum Zeitpunkt der Unterlagenerstellung noch nicht vor. Nach Durchsicht dieser Unterlage ergeben sich für das Vorhaben aber gleichfalls keine zusätzlichen Erkenntnisse. Im Schwerpunkt stellt der Hitzeaktionsplan auf Maßnahmen im innerörtlichen Bereich bzw. allgemeine Maßnahmen zu Gesundheitsschutz ab.
97.	fehlt eine umfassende Bewertung der Auswirkungen des Vorhabens auf die lokalen Kaltluftströme und deren Bedeutung für die Luftqualität und das Mikroklima der betroffenen Region.	Kaltluftströme wurden im Landschaftspflegerischen Begleitplan betrachtet. Daraus ergibt sich, dass das Straßenbauvorhaben klimatisch wichtige Bereiche wie das Sandbachtal und das Nettetal nur geringfügig tangiert. Die betroffene Fläche beträgt maximal 1 % des Kaltlufteinzugsgebiets, was keine relevanten nachteiligen Effekte erwarten lässt. Auch in den weiteren durchquerten Gebieten wie dem Icker Bach und der Ruller Flut sind aufgrund vorhandener Bebauung und geographischer Gegebenheiten keine klimatischen Beeinträchtigungen zu erwarten.
98.	9. Lärmimmissionen und Luftschadstoffe	
99.	9.1 - Verkehrslärm	
100.	Überschreitung der Grenzwerte zu befürchten	Das Objekt befindet sich nicht in einem der Untersuchungsbereiche, sodass die Einwenderin in Bezug auf die Lärmbelastung durch das Bauvorhaben nicht direkt betroffen ist.
101.	Einwände gegen verwendete Software zur Lärmberechnung	Die Ermittlung der Lärmbelastung wurde nach den gesetzlichen Vorgaben und anerkannten Regeln der Technik erstellt. Es wird nicht im Detail vorgetragen, warum mit der angewandten Software keine korrekte Berechnung erfolgen würde.
102.	Einwände weil Objekt nicht berechnet wurde.	Das Objekt liegt weit außerhalb der eigentlichen Baustrecke. Im Zuge der Untersuchung des nachgeordneten Netzes (sh. Unterlage 17.1.4.3 wurde für den Abschnitt (4) A 33 südlich AK Osnabrück-Süd (bis AS Harderberg) eine Erhöhung von mindestens 5 % durch die Maßnahme A 33 Nord ermittelt. Für Objekte innerhalb der ermittelten Abschnitte wurden weitergehende Untersuchungen durchgeführt. Das betreffende Objekt liegt jedoch außerhalb des genannten Abschnitts, so dass keine weitergehende Untersuchung erfolgte und eine Beantwortung der übrigen Fragen nicht erforderlich ist.
103.	Fehlerhafte Annahme der „wesentlichen Änderung“	Die Definition des Begriffs der wesentlichen Änderung findet sich in §1 der 16. BImSchV. Die Anwendung im vorliegenden Fall erfolgt entsprechend der Verordnungslage. Zudem sind die Auslösewerte für die Gewährung von Lärmschutz (hier: Immissionsgrenzwerte) ebenfalls in der 16. BImSchV (§2) genannt. Diese werden im Verfahren korrekt benannt und verwendet.
104.	Der Einsatz des Fachsoftware Soundplan ist ungeeignet, um abseits einer „langen geraden Straße“ Lärmberechnungen durchzuführen.	<p>Der Ersteller der Schalltechnischen Untersuchung hat gemäß der Vorgabe der Straßenbauverwaltung die Berechnung mit dem geforderten Berechnungsprogramm (SoundPLAN, Version 8.1) nach dem Teilstückverfahren durchgeführt. Dieses Programm wird bundesweit zur Berechnung von Immissionssituationen im Rahmen von Schalltechnischen Untersuchungen eingesetzt. Auch wenn die Version 8.1 im Jahr 2018 veröffentlicht wurde, werden auch heute noch die Berechnungen auf Basis der erforderlichen Richtlinien (hier RLS-90) und gesetzlichen Vorgaben mit dieser Programmversion durchgeführt. Zudem erfolgt eine regelspezifische Qualitätssicherung der Software mittels entsprechender Testaufgaben. Seitens des Programmanbieters gibt es eine entsprechende Konformitätserklärung, mit der für die RLS-90 bestätigt wird, dass alle auf die RLS-90 bezogenen Testaufgaben mit einer auf dieses Regelwerk bezogenen Referenzeinstellung des Programms innerhalb der zulässigen Toleranzgrenzen richtig gelöst werden.</p> <p>Die Anwendung der RLS-90 wiederum ergibt sich, wie in der Schalltechnischen Untersuchung erläutert, gem. der anzuwendenden 16. BImSchV.</p> <p>Die Berechnungen erfolgten zudem nicht mit dem Abschätzungstool nach 'langer, gerader Straße', sondern unter Verwendung der exakten Planungsdaten der A 33 Nord (in Lage und Höhe) in einem digitalen Geländemodell, in dem auch alle Gebäude und der gewählte aktive Lärmschutz berücksichtigt sind. Dabei berücksichtigt die Ausbreitungsberechnung die Entfernungseinflüsse, Abschirmungen, Reflexionen und Bodendämpfung. Zusätzlich mögliche Pegelminderungen durch Bewuchs wurden hingegen vernachlässigt. Die normgerechte Verwendung einer (im Mittel) immer ungünstigen Mitwindsituation wird im Programm abgebildet.</p> <p>Die Berechnungen und das verwendete Programm entsprechen dem Stand der Technik.</p>
105.	Die Unterlage 17.1.2.2 beinhaltet auf dieser Grundlage falsche nicht nachvollziehbare Rechenwerte.	<p>Die Unterlage U 17.1.2.2 enthält aufgrund der Übersichtlichkeit - im Titel beschrieben - in einer Unterlage alle Berechnungsergebnisse. Dabei wird der Abschnitt ‚A 1/A 33N bis zur Verknüpfung A 33/B 51n‘ nach 16. BImSchV als Neubau beurteilt, während für die Objekte im benachbarten Abschnitt ‚Verknüpfung A 33/B 51n bis Ende der Baustrecke‘ nach 16. BImSchV eine Prüfung auf 'wesentliche Änderung' erfolgte.</p> <p>Dies entspricht abstimmungsgemäß den entsprechenden rechtlichen Grundlagen, wobei die Berechnung unter Verwendung der hierfür festgelegten Standardanwendung erfolgte.</p> <p>In der Fußzeile wird der Name des erstellenden Büros (als Ersteller der Unterlage) angegeben.</p>
106.	Unterlage 17.1.4.5 ist fehlerhaft	<p>Zunächst ist festzustellen, dass die Ergebnisse der Berechnungen nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie nicht mit denen verglichen werden können, die nach der 16. BImSchV ermittelt wurden.</p> <p>Anders als dargestellt wurde am Objekt 601 an der Südwestfassade mit einem Nachtpegel von max. 60,9 dB(A) (im OG) keinesfalls eine geringe Lärmüberschreitung dargestellt, sondern bei einer Erhöhung um 0,7 dB(A) mit der roten Hinterlegung eine Überschreitung des Nachtwertes oberhalb 60 dB(A) (nachts) markiert. Die entsprechende Untersuchung erfolgt dabei im Rahmen der Untersuchung der Lärmentwicklung an vorhandenen Straßen und stellt nicht auf die Überschreitung der Immissionsgrenzwerte, sondern auf eine Feststellung der Überschreitungen der Beurteilungspegel.</p>

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
107.	9.2 - Luftschadstoffe Unterlage 17.2 ist nicht nachvollziehbar	Die Luftschadstofftechnische Untersuchung erfolgte für den Bereich der Trasse der A 33 Nord und nicht für das Wegenetz im weiteren Streckenverlauf.
108.	10. Wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Belange	
109.	10.1 - Entwässerungskonzept Straße Unterlage 18.1, Wasserrechtlicher Fachbeitrag, wird als unzureichend betrachtet. Die verwendeten Zahlen stammen aus 2020 und sind somit veraltet.	Der Einwand ist für den Vorhabensträger nicht nachvollziehbar. In der benannten Tabelle 2 werden lediglich die für die Bemessung der Anlagen verwendeten Parameter übersichtlich aufgelistet. Die vollständigen Tabellen des KOSTRA-DWD-2020 sind als Anlage 1 der Unterlage 18.1 beigefügt.
110.	Die Dimensionierung der Mulden-Rigolen-Anlage auf Seite 56 für nur ein jährliches Starkregenereignis wird aufgrund der Erfahrungen der letzten drei Jahre und dem sog. Weihnachtshochwasser in Niedersachsen 23/24 als zu gering erachtet.	Gem. REwS wird für die Dimensionierung von straßenbegleitenden (Versickerungs-)Mulden eine Überstauhäufigkeit von $T = 1$ gewählt. Die Anordnung dieses Entwässerungssystems ist im Entwässerungsabschnitt 11 vorgesehen. Dadurch werden Abflussspitzen zum nachgeschalteten und vorhanden Regenrückhaltebecken 1 an der A 1 kompensiert. In dem Zusammenhang sind für den Regelfall der Entwässerung gegenüber der vorhandenen Situation keine nachteiligen Einflüsse auf die angrenzenden Waldgebiete zu befürchten. Grundlagen für die Berücksichtigung von Ausnahmeereignisse (z.B. Hochwasser) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt und somit für diesen Ansatz nicht relevant bzw. zu berücksichtigen.
111.	Im Wasserrechtlichen Fachbeitrag 18.1 wird nicht ersichtlich, inwiefern notwendige Vorkehrungen getroffen werden bezüglich des geplanten Straßenbaus mitten im Wasserschutzgebiets Belm Nettetal Zone II.	Der Vorhabensträger nimmt an, dass es sich bei der benannten Unterlag um den Wassertechnischen Fachbeitrag (bzw. die Unterlagen 18.1.-18.4) handelt. In Unterlage 18.1 (Kap. 7.2) werden Maßnahmen bezüglich des geplanten Straßenbaus im Wasserschutzgebiet Belm Nettetal beschrieben, Die A33 quert im Streckenverlauf das Wasserschutzgebiet (Zone II, Bau-km 47+550 – Bau-km 48+500, Zone III, Bau-km 45+700 – Bau-km 47+550) Belm-Nettetal. Hier werden bautechnische Maßnahmen gem. Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag) vorgesehen bzw. das Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung als groß i. S. der RiStWag beurteilt.
112.	Zu Blatt 18.2.6 Die Verwendung der kritische Regenspende r_{krit} (in der Regel 15 l/(s*ha)) zum Nachweis einer hinreichenden Vorbehandlung des Straßenabflusses wird aufgrund der Ausführungen und Maßnahmenplanung der niedersächsischen Landesregierung zum Weihnachtshochwasser Niedersachsen 2023/24 als unzureichend betrachtet.	Der Nachweis gem. REwS (Kapitel 8.1.2) steht im Zusammenhang mit der Reinigung des Straßenoberflächenwassers für bis zu 90 % der Jahresniederschläge durch breitflächige Ableitung über die bewachsene Bodenzone (Bankett und Böschung) und ist als Regelfall der Entwässerung einzuordnen. Grundlagen für die Berücksichtigung von Ausnahmeereignisse (z.B. Hochwasser) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt und somit für diesen Ansatz nicht relevant bzw. zu berücksichtigen.
113.	Zu Blatt 18.2.7 Die Verwendung der spez. Mittleren Abflussspende $11,3999 \text{ l/(s*km}^2\text{)}$ zur Bemessung eines offenen Gerinnes auf Seite 5 wird aufgrund der Ausführungen und Maßnahmenplanung der niedersächsischen Landesregierung zum Weihnachtshochwasser Niedersachsen 2023/24 als unzureichend betrachtet.	Alle für den Regelfall der Entwässerung zu Grunde gelegten Daten entsprechen den zum Zeitpunkt der Planung aktuellen Vorschriften und Regelwerken. Grundlagen für die Berücksichtigung von Ausnahmeereignisse (z.B. Hochwasser) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt und somit nicht relevant bzw. zu berücksichtigen.
114.	Zur neu erstellten U 18.3 Retentionsfilterbecken: Alle verwendeten Bemessungen der zu erwartenden Regenfälle und Entwässerungsprognosen in Blatt 18.3 neu werden aufgrund der Ausführungen und Maßnahmenplanung der niedersächsischen Landesregierung zum Weihnachtshochwasser Niedersachsen 2023/24 als unzureichend betrachtet.	Für die Bemessungen werden, die zum Zeitpunkt der Planerstellung geltenden Grundlagendaten berücksichtigt. Die Grundlagen zur Bemessung der Retentionsbodenfilteranlagen wurden mit der zuständigen unteren Wasserbehörde abgestimmt. Grundlagen für die Berücksichtigung von Ausnahmeereignisse (z.B. Hochwasser) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt und somit nicht relevant bzw. zu berücksichtigen.
115.	Wie wird die Ableitung des Wassers außerhalb des Wasserschutzgebietes organisiert ist, welche Behandlungsstufen sind vorgesehen und wie wird sichergestellt, dass keine Belastungen in angrenzende Gebiete oder andere schützenswerte Wasserkörper eingetragen werden?	Die Fahrbahntwässerung erfolgt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten über eine breitflächige Ableitung und Versickerung beider Richtungsfahrbahnen über Bankett und ggf. Böschungen im Dammbereich. In Abhängigkeit der Böschungsbreiten und deren Versickerungsfähigkeit (spezielle Versickerungsfähigkeit bei Dammböschungen 150 l/(s x ha)) kann das Wasser der Verkehrsfläche auf der Böschungsfläche teilweise versickert werden. Hierdurch lassen sich die nachteiligen Effekte der Versiegelung vermindern. In Bereichen, wo eine Versickerung des Niederschlagswassers über Mulden und Böschungen nicht möglich ist, erfolgt eine verzögerte Ableitung des Niederschlagswassers über Regenrückhaltebecken.
116.	Durch Bodenversiegelung komme es zur Vernässung von landwirtschaftlichen Flächen	Der Wassertechnische Fachbeitrag (Unterlage 18.1) beschreibt ausführlich die Straßenentwässerung und berücksichtigt vorrangig die Veränderungen sowie die möglichen Beeinträchtigungen der örtlichen Entwässerungsverhältnisse. Das Entwässerungssystem der A33 leitet Regenwasser zunächst offen über Bankette und Mulden ab, danach in Leitungen zu Reinigungs- und Rückhalteanlagen. Dort wird es gefiltert, gespeichert und kontrolliert in Vorfluter eingeleitet. In sensiblen Bereichen erfolgt die Ableitung über geschlossene Systeme. Natürliche Gräben bleiben weitgehend erhalten, Ersatzgräben sind bei Eingriffen vorgesehen. Der Abschnitt ist in insgesamt 14 Entwässerungsbereiche gegliedert. Unterlage 8 enthält die Lagepläne für die Entwässerungsmaßnahmen.
117.	Beeinträchtigung Mühlbach	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
118.	10.2 - Gefährdung von Grundwasser	Die geltend gemachten Einwände werden im Wasserrechtlichen Fachbeitrag (Unterlage 18.5) aufgegriffen.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
	Infiltration von Schadstoffen ins Grundwasser und dessen Beeinträchtigung kann nicht ausgeschlossen werden	
119.	<p>Zur Umplanung der Retentionsbodenfilter der Becken RBF 1, 2, 7 und 8:</p> <p>Die verwendeten Daten sind veraltet und die aktuelle Datengrundlage zur Hochwasserbemessung unzureichend.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Für die Planfeststellung liegt eine ausreichend konkrete Datengrundlage vor. Weitergehende Bodenuntersuchungen und damit ggf. einhergehende Planungsanpassungen erfolgen zur Ausführungsplanung.</p> <p>Gem. REwS (Kap 7.3.5 a)) sind für Rohrdurchlässe unter Wirtschaftswegen und Feldzufahrten Mindestabmessungen von DN 400 einzuhalten. Darüber hinaus gehende Forderungen den Straßenbaulasträgers sind nicht bekannt und auch hydraulisch nicht erforderlich.</p> <p>Gem. REwS (Kap 7.3.5 a)) sind für Rohrdurchlässe unter Wirtschaftswegen und Feldzufahrten Mindestabmessungen von DN 400 einzuhalten. Der benannte Durchlass wurde analog dem Bestandsdurchlass dimensioniert. Darüber hinaus gehende Forderungen den Straßenbaulasträgers sind nicht bekannt und auch hydraulisch nicht erforderlich.</p>
120.	<p>Zu Unterlage 18.5, Kapitel 4.2.1 S.50/51:</p> <p>Durch die Klimaerhitzung ist der genannte grundwasserabhängige Bodensaure Buchenwald ohnehin schon geschädigt und weniger vital. Deshalb ist eine weitere Schwächung durch Grundwasserabsenkung nicht hinnehmbar</p>	In den Umweltuntersuchungen wurden mögliche Auswirkungen einer Grundwasserabsenkung auf die Vegetation angemessen berücksichtigt.
121.	Aussagen zu möglichen Auswirkungen der Maßnahme auf das Grundwasser im Allgemeinen sowie das geschützte Trinkwasser im Wasserschutzgebiet Belm-Nettetal fehlen	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
122.	Die potenzielle Gefahr durch den Transport grundwasser-gefährdender Stoffe im Trinkwasserschutzgebiet ist nicht ausreichend und methodisch unzureichend begründet.	Nach Einschätzung des Baugrundgutachtens liegen die Grundwasserstände im Bereich des Trinkwasserschutzgebietes erheblich unter der Gradienten- und das Schutzpotenzial der Überdeckung wird als groß eingeschätzt. Im Bereich des Trinkwasserschutzgebietes Belm-Nettetal wird das Straßenbauvorhaben unter Berücksichtigung der Anforderungen der RiStWag durchgeführt. Ein gemäß den Anforderungen der RiStWag erfolgreicher Ausbau ist als verträglich anzusehen und dient der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen (vgl. Unterlage 20.1). Beeinträchtigungen des Trinkwasserschutzgebietes können damit ausgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung des angewandten Wasseraufbereitungsverfahrens (Verdünnung mit geringer belastetem Wasser) werden auch die Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie eingehalten.
123.	10.3 - Beeinträchtigung der Wasserqualität	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
124.	<p>10.4 - Trinkwasserschutzgebiet</p> <p>Entsprechend der Verordnung des Landkreises Osnabrück zum Wasserschutzgebiet Belm- Nettetal ist in Wasserschutzzone II der Neubau von Straßen nicht gestattet</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Jedoch ist in §9 der Verordnung des Landkreises Osnabrück zum Wasserschutzgebiet Belm- Nettetal vom 19.06.2017 auf Antrag eine Befreiung vom Verbot des Neu- oder Ausbaus von Straßen zugelassen.</p>
125.	Das Vorhaben berücksichtigt insbesondere nicht ausreichend die Auswirkungen der baulichen Eingriffe für die Trinkwasserneubildung und die Auswirkungen der Straßenentwässerung mit Schad- und Gefahrstoffen, besonders bei Unfällen und klimabedingten extremen Starkregenereignissen.	Unter Berücksichtigung des angewandten Wasseraufbereitungsverfahrens (Verdünnung mit geringer belastetem Wasser) werden die Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie eingehalten.
126.	<p>10.5 - Wasserrahmenrichtlinie</p> <p>Belange des Gewässerschutzes werden missachtet</p>	<p>Extremunwetter wie das Weihnachtshochwasser 2023/24 können temporär zu einer lokalen Erhöhung von Grundwasserständen führen. Relevant für die Beurteilungen nach WRRL bspw. des chemischen Grundwasserzustandes sind aber die jährlichen arithmetischen Mittelwerte. Darauf haben derartige Extremereignisse nur wenig Einfluss.</p> <p>Die Bewirtschaftungsziele und damit die Verbesserungsziele für die vom Vorhaben betroffenen Grund und Oberflächenwasserkörper werden durch das geplante Bauvorhaben nicht in Frage gestellt. Den Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge durch Auswaschung aus der Landwirtschaft steht das geplante Vorhaben nicht entgegen. Der zusätzliche Eintrag von Chlorid wird als geringfügig eingestuft, zumal an den Messstellen in direkter Nähe zum Bauvorhaben keine erhöhten Werte für Chlorid festgestellt wurden. Die für das Vorhaben vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen tragen überwiegend durch Nutzungsextensivierung zu einer Verringerung von Nährstoffeinträgen in das Grundwasser bei und unterstützen damit die Bewirtschaftungsziele und das Trendumkehrgebot für den Grundwasserkörper. Auch für die Oberflächenwasserkörper unterstützen die für das Vorhaben vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen die Bewirtschaftungsziele.</p>
127.	Es werden rechtliche Grundlagen zur Erstellung des Wasserrechtlichen Fachbeitrags (Unterlage 18.5) beschrieben.	Die angesprochenen Aspekte wurden im wasserrechtlichen Fachbeitrag betrachtet.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
128.	für die Parameter nach Anlage 6, 7 und 8 der OGewV (2016) liegen keine Daten für den 3. Bewirtschaftungszeitraum vor.	In den Fällen mit fehlenden Daten erfolgte die Bewertung anhand der berechneten Konzentrationserhöhung. Dabei konnte gezeigt werden, dass die zu erwartende Konzentrationserhöhungen bezogen auf die jeweiligen JD-UQN so gering sind, dass sie nicht messbar sind. In diesen Fällen kann eine Verschlechterung im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie ohne Erfassung der Parameter ausgeschlossen werden.
129.	Zu 3.2.2: Die Gutachten zur mengenmäßigen Entwicklung des Grundwassers sind zu alt, nämlich von 2009 und 2015, um noch eine Aussagekraft zu zeigen.	Die maßgeblichen Angaben in Tab. 18 wurden den aktuellen Daten für den III. Berichtszeitraum 2021 bis 2027 entnommen. Hier wird in der Gefährdungsprognose für das Jahr 2027 keine Gefährdung des mengenmäßigen Zustands des Grundwasserkörpers erwartet.
130.	10.6 - Beeinträchtigung der Gewässer	
131.	Die Behauptung, dass das bestehende Abflussregime und die Strömungsrichtung des Grundwassers durch die Dammlage der A33 nicht verändert werden, erfordert eine detaillierte und nachvollziehbare Begründung, die in den Planunterlagen bislang nicht hinreichend ersichtlich ist.	<p>Im Rahmen der Planänderung wurden eine hydrogeologische Stellungnahme nebst Anlagen (Unterlage 20.2) sowie eine gutachterliche Stellungnahme zur Reichweite der Grundwasserabsenkung (Unterlage 20.3.1) erstellt. Insbesondere in der letztgenannten Unterlage werden die Baugrund- und Grundwasserverhältnisse sowie der Einflussbereich der Grundwasserabsenkung dargestellt. Darin wird ausgeführt, dass die Baugrunduntersuchung (Unterlage 20.1) ergeben hat, dass der zusammenhängende Kluftgrundwasserspiegel im Bereich des Wasserschutzgebietes erst in größerer, für die Baumaßnahme nicht relevanter Tiefe vorliegt. Eingriffe in den Kluftgrundwasserleiter sind für das Vorhaben nicht erforderlich. Der geplante Einschnitt in der Zone III erfolgt in schwach wasserdurchlässigen, bindigen Böden und verwitterten Ton- und Mergelsteinen des Buntsandsteins („Grundwasserhemmer“). Dort kann sich zeitweise Tag- und Stauwasser ansammeln. Für die Herstellung der Dammschüttung in der Zone II muss lediglich der Mutterboden abgetragen werden.</p> <p>In der Lockergesteinsüberdeckung der Schichten des Buntsandsteins und des Muschelkalks kann sich zeit- und bereichsweise lokal oberflächennahe Grund- und Stauwasser ansammeln. Absenkungen in derartigen Wasservorkommen können für die Gründung von Brückenbauwerken erforderlich werden. Die Trockenhaltung der dafür notwendigen Baugruben ist erfahrungsgemäß nur mit geringen Fördermengen und geringen Reichweiten der Absenkungen verbunden. Nachteilige Auswirkungen auf den Kluftgrundwasserleiter sowie die Brunnen der Wasserversorgung oder auf Hausbrunnen sind demnach nicht zu erwarten.</p> <p>Durch die geplante A 33 wird im Wasserschutzgebiet Belm-Nettetal eine Fläche von rd. 5,2 h versiegelt, sodass dort keine Grundwasserneubildung mehr möglich ist. Das auf der A 33 anfallende Wasser wird in Rohrleitungen gesammelt und aus dem Wasserschutzgebiet herausgeführt. Dies führt zu einer Verringerung des Grundwasserdargebotes von 7.800 m³/a. Das entspricht rd. 0,8 % des insgesamt verfügbaren Grundwasserdargebotes von rd. 930.000 m³/a. Für die Versorgungsbrunnen Powe, Icker und Gattberg verbleibt ein ausreichend großes Grundwasserdargebot. Die wasserrechtliche Bewilligung ermöglicht eine Jahresentnahme von 900.000 m³.</p>
132.	möglichen Auswirkungen von Bau- und Betriebsphasen des Vorhabens auf das Grundwasserregime	Die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die betroffenen Oberflächengewässer wurden im Wasserrechtlichen Fachbeitrag (Unterlage 18.5) gewürdigt. Durch das Vorhaben sind keine entscheidungserheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Oberflächen- und Grundwasserkörper zu erwarten. Chlorid- und Schadstoffeinträge bleiben im zulässigen Rahmen bzw. können durch geeignete Maßnahmen (z. B. Retentionsbodenfilter) wirksam reduziert werden. Die Zielerreichung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmenprogramme wird nicht gefährdet. Im Bereich des Grundwassers werden durch vorgesehene Kompensationsmaßnahmen wie die Nutzungsextensivierung Nährstoffeinträge reduziert, wodurch die Bewirtschaftungsziele unterstützt und das Trendumkehrgebot für den Grundwasserkörper „Hase rechts Festgestein“ gefördert werden.
133.	10.7 – Gutachten ist falsch bzw. unvollständig	
134.	Die Datengrundlage im Hinblick auf das Grundwasser ist mehr als 20 Jahre alt und somit veraltet. Methodik ist fragwürdig. Anzweiflung ob die vorgelegten Planunterlagen den aktuellen wissenschaftlichen und rechtlichen Anforderungen genügen.	Unklar ist, auf welche Quelle sich diese Einwendung konkret bezieht. Im Übrigen wird auf den Wasserrechtlichen Fachbeitrag verwiesen, der die von der Einwenderin benannten Wirkfaktoren betrachtet und bewertet.
135.	11. Eigentum (ohne landwirtschaftliche Flächen)	
136.	Wertverlust und Wertminderung, Umsatzeinbußen, Übernahme von Grundstücken, Entschädigung	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen. Wie bereits mitgeteilt wurde, ist ein Teil der Kompensation auf Flächen geplant, die sich z.B. im Eigentum der Niedersächsischen Landesforsten befinden bzw. die bereits von der Vorhabenträgerin erworben wurden oder im Rahmen von Kompensationspools von Privaten zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen Eingriffe in das Privateigentum bzw. in landwirtschaftlich genutzte Flächen für Kompensationszwecke verringert werden. Es ist dennoch aufgrund der artenschutzrechtlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes unausweichlich, dass landwirtschaftliche Flächen in Trassennähe für eine Kompensation benötigt werden. Auch wurde bereits dargestellt, dass das Enteignungsverfahren ein eigenständiges, vom Planfeststellungsbeschluss losgelöstes Verfahren darstellt, in dem die Voraussetzungen im Detail geprüft werden.
137.	Die Wohnqualität sinkt	Im Außenbereich müssen Verkehrseinwirkungen in stärkerem Maße ohne Anspruch auf Schutzmaßnahmen oder Geldausgleich hingenommen werden als in Wohngebieten. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf eine unveränderte Umgebung im Außenbereich. Der Eigentumsschutz endet, wenn die „Erheblichkeitsschwelle“ von Verkehrseinwirkungen einer im Außenbereich errichteten bzw. geplanten Trasse nicht erreicht wird. In diesem Fall handelt es sich nicht um „nachteilige Wirkungen auf Rechte anderer“ gemäß § 74 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG - sondern um immaterielle Einwirkungen, die nicht vom Eigentumsschutz erfasst werden.

	Einwendungsthema / Sachargument	Gegenäußerung
138.	12. Belange der Landwirtschaft	
139.	12.1 - Flächeninanspruchnahmen	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
140.	12.2 - einzelbetriebliche Betroffenheiten und Existenzgefährdungen	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
141.	12.3 - Flächeninanspruchnahme für Kompensationsmaßnahmen	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
142.	12.4 - Wertverlust, Entschädigung, Übernahme	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.